



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 04. Juli 2022**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

## 8. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.  
Ende der Sitzung: 19.32 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 7. Sitzung des Gemeinderates vom 07.06.2022 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für alle Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl

Christoph Angelo Rigotti

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Gloria-Maria Umlauf

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

Mag. Walter Teubl

### **NEOS**

#### Gemeinderat

Markus Hufnagl, MBA

### **MFG**

#### Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

GR. Mag. Hannah Stöger Müller, GR. Mag. Ralf Drack

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 23.06.2022 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen

Anfrage der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion an Vzbgm. Raggl-Mühlberger  
betreffend Projekt Community Nurse für Wels  
Projekt Community Nurse für Wels  
Verf-015-W-11-2022

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

das Pilotprojekt „Community Nurse“ stellt einen Meilenstein für die österreichische Pflege- und Gesundheitsversorgung dar. Im Zuge der Ausschreibung dieses Pilotprojekts haben sich etliche österreichische Gemeinden, Sozialhilfeverbände und andere kommunale und regionale Institutionen um eine Teilnahme beworben. Unter anderem auch die Stadt Wels, welche auch einen Zuschlag erhalten hat. Dem Vernehmen nach wurde dieser Zuschlag aber nur mit gewissen Auflagen gewährt. So sollte unter anderem das zu betreuende Einzugsgebiet verkleinert werden, eine Auflage, von der die verantwortliche Welser Vizebürgermeisterin laut vorliegendem Protokoll der Ausschuss-Sitzung behauptet, dass diese nicht erfüllbar gewesen wäre.

Es liegen aber Informationen aus dem Welser Magistrat vor, dass es seit der Genehmigung des Projektes für die Stadt Wels und der einhergehenden Information über notwendige Adaptierungen keinerlei Informationsfluss mehr gab, womit sich der Eindruck aufdrängt, dass es keinen Versuch gab, die nötigen Adaptierungen vorzunehmen.

1. Gab es im Vorfeld der Ausschreibung für das Pilotprojekt „Community Nurse“ erläuternde Meetings oder Workshops, bei welchen die Rahmenbedingungen für eine Teilnahme an diesem Pilotprojekt dargelegt wurden?

Antwort: Ja, am 13.09.2021 fand eine virtuelle Informationsveranstaltung zum Thema „Community Nursing in Österreich“ statt, in welcher die allgemeinen Rahmenbedingungen und Ziele des Pilotprojektes dargestellt wurden.

2. Wenn es solche Meetings oder Workshops gab, nahmen an diesen VertreterInnen der Stadt Wels teil?

Antwort: Ja, als Vertreterin der Stadt Wels hat Frau Renate Brandstötter, BA aus der Dst. Sozialservice und Frauen teilgenommen.

3. Gab es nach Einreichen der Projektunterlagen durch die Stadt Wels bis zur Entscheidung über einen Zuschlag Kontakt zwischen befassten Stellen im Ministerium oder damit beauftragten Stellen und der Stadt Wels in Sachen des Pilotprojektes „Community Nurse?“

Antwort: Ja, nach Einreichen der Projektunterlagen am 02.12.2021 wurde am 13.12.2021 ein Ergänzungsersuchen übermittelt. Nach einer ersten Prüfung der eingereichten Unterlagen wurde eine Nachreichung folgender Daten bis 09.01.2022 gefordert:

- 1) Stammzahl für Einheiten aus dem Ergänzungsregister für sonstige Betroffene (ERsB-Nummer)
- 2) Unterfertigte Datenschutzerklärung
- 3) Ergänzte Projektrollenliste
- 4) Gemeinderatsbeschluss bezüglich der Durchführung des Projektes

Die ERsB-Nummer, die unterfertigte Datenschutzerklärung und das ergänzte Projektrollenbild wurden fristgerecht übermittelt. Hinsichtlich des Gemeinderatsbeschlusses wurde im Einvernehmen mit dem Bund eine Fristverlängerung vereinbart. Auf weitergehende Konkretisierungen der Projektunterlagen wurde nicht hingewiesen.

4. Unter welchen Auflagen erhielt die Stadt Wels den Zuschlag beim Projekt „Community Nurse?“

Antwort: Am 08.02.2022 wurden wir per E-Mail verständigt, dass unsere Projektanfrage vom Bund für eine Förderung ausgewählt wurde. Es wurde seitens des Bundes ein Förderangebot inklusive einer Fördervereinbarung übermittelt.

Die Fördervereinbarung enthielt zahlreiche Auflagen für die Stadt Wels. Neben weitreichenden Berichts- und Rechnungslegungspflichten wurde unter anderem eine verpflichtende Gebietseinschränkung für die Community Nurse vorgeschrieben, da laut Vorgabe pro 3.000 – 5.000 Einwohner 1 VZÄ vorzusehen sei.

5. Haben auch andere AntragstellerInnen im Zuge der Genehmigung ihrer Projekte Auflagen erhalten? Ist hier etwas bekannt?

Antwort: Soweit uns dies berichtet wurde, wurden auch anderen Förderwerbern vergleichbare Auflagen vorgeschrieben. Nähere Angaben dazu sind aber mangels konkreter Kenntnis nicht möglich.

6. Wie wurden diese Auflagen der Stadt Wels mitgeteilt?

Antwort: Im Rahmen der uns übermittelten Fördervereinbarung.

7. Welche Frist hatte die Stadt Wels ihr Konzept zu adaptieren?

Antwort: Ursprünglich war eine Frist zur Unterfertigung der Fördervereinbarung bis 18.02.2022 vorgesehen. Im Einvernehmen mit dem Bund wurde eine Fristverlängerung vereinbart.

8. Wurde seitens der Stadt Wels auf die Aufforderung geantwortet?

Antwort: Ja, es gab mehrmaligen Schriftverkehr mit dem Bund.

9. Falls es keine Antwort darauf gab, warum?

Antwort: Siehe Frage 8.

10. Wurden mögliche Fristen zur Adaptierung des Projektes durch die zuständigen Stellen im Ministerium verlängert?

Antwort: Ja, die Frist zur Adaptierung wurde verlängert bis 31.03.2022.

11. Welche Antwort auf die Aufforderung zur Adaptierung des Projektes „Community Nurse“ in der Stadt Wels gab es seitens der Stadt Wels?

Antwort: Es gab mehrmaligen Schriftverkehr mit dem Bund mit dem Ersuchen um teilweise formale und inhaltliche Abänderung der Fördervereinbarung, da bestimmte Vertragspunkte aus Sicht der Dst. Rechtsangelegenheiten nachteilig für die Stadt Wels waren und die Vornahme einer Gebietsbeschränkung in einer Stadt Wels nicht praktikabel erschien.

12. Ruht das Projekt „Community Nurse“ in Wels wie in der Ausschuss-Sitzung vom 19.04.2022 behauptet oder wurde es auf Grund nicht vorgenommenen, aber geforderter Adaptierungen nunmehr abgelehnt?

Antwort: Unser Projektantrag „Community Nurse“ wurde nunmehr mangels Erreichens der für die Fördervergabe erforderlichen Punkte abgelehnt.

13. Wenn es abgelehnt wurde, seit wann ist diese Ablehnung bekannt? Bitte um Nennung des Datums des Eingangstempels bzw. des Eingangsdatums per E-Mail.

Antwort: Die Förderabsage wurde der Stadt Wels via E-Mail vom 27. April 2022 übermittelt.

14. Gab es wie im oben erwähnten Protokoll eine Stellungnahme des Städtebundes oder des Gemeindebundes, der eine Adaptierung der Projektleitlinien vorsah?

Antwort: Ja.

15. Waren Städte- oder Gemeindebund in die Frage der Zuerkennung oder Aberkennung eines Projektes eingebunden? Wenn ja, wie war der Prozess im Fall der Stadt Wels?

Antwort: Nein.

16. Sind Städte- oder Gemeindebund in die Frage der Zuerkennung oder Aberkennung eines Projektes eingebunden? Wenn ja, wie war der Prozess im Fall der Stadt Wels?

Antwort: Nein.

17. Wie erklären Sie sich den Umstand, dass die beiden oben genannten Institutionen vom möglichen Entzug des Projekts wussten und nichts dagegen einzuwenden hatten?

Antwort: Da die Förderauflagen für mehrere Städte und Gemeinden ein großes Problem darstellten, wurde seitens des Städtebundes eine Videokonferenz zum Thema veranstaltet im Rahmen derer vor allem auch die verpflichtende Gebietseinschränkung als mögliches Ausschlusskriterium thematisiert wurde. Da der Städtebund in den Vergabe- und Entscheidungsprozess nicht eingebunden war, konnte dieser auch keine Einwendungen erheben.

18. Von wie vielen eingereichten und bereits genehmigten Projekten, denen wie im Fall von Wels der Zuschlag wieder entzogen wurde, wissen Sie?

Antwort: Diesbezüglich liegen uns keine Informationen vor.

19. Warum wurde in der oben erwähnten Sitzung des zuständigen Ausschusses behauptet, dass es sich um ein ruhendes Projekt handelt, wenn dieses aber der Stadt Wels wieder entzogen wurde?

Antwort: Zum Zeitpunkt des Ausschusses handelte es sich um ein ruhendes Projekt. Die Förderabsage langte erst danach ein.

20. Wie erklären Sie sich die unserer Fraktion zugegangenen Informationen aus dem Magistrat, dass auf die Aufforderung zur Nachbesserung nicht reagiert wurde?

Antwort: Wie bereits in Beantwortung obiger Fragen dargelegt, wurde auf die Nachbesserungsaufforderungen reagiert.

21. Wie wird die Stadt Wels nach Absage des Projektes nun Sorge dafür tragen, dass dieses Projekt dennoch in Wels starten kann? Aus welchen Eigenmitteln wird die Stadt Wels dieses finanzieren?

Antwort: Die Tätigkeiten einer Community Nurse, wie die Beratung pflege- und betreuungsbedürftiger Personen, das Case-Management im Einzelfall auch im Rahmen von Hausbesuchen, die Koordination der Leistungen im Bereich der Betreuung und Pflege, etc. werden in der Stadt Wels in ausreichendem Ausmaß von unseren Koordinatorinnen für Betreuung und Pflege und den Mitarbeitern der Sozialberatungsstelle wahrgenommen. Vor dem Hintergrund des ohnehin eklatanten Personalmangels im Pflegebereich wären die Stunden der als Community Nurse beschäftigten Fachkräfte in der Beratung gebunden und fehlen zusätzlich in der operativen Pflege.

Anfrage der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion an  
Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend  
Armutsbekämpfung durch die Kommune  
Verf-015-W-12-2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich ersuche Sie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche regulären sowie außertourlichen Maßnahmen der Armutsbekämpfung hat die Stadt 2021 gesetzt und um welche Budgetposten handelt es sich?
2. Wie hoch waren die ausgegebenen sowie die budgetierten Mittel der betreffenden Konten?
3. Welche kurz- und langfristigen Trends lassen sich im Hinblick auf Armutsbekämpfung aus den Rechnungsabschlüssen seit 2015 ableiten und wie lauten die dazugehörigen Zahlen?

Ihre Anfrage vom 27.06.2022 betreffend Armutsbekämpfung durch die Kommune beantworte ich wie folgt:

Frage 1: „Welche regulären sowie außertourlichen Maßnahmen der Armutsbekämpfung hat die Stadt 2021 gesetzt und um welche Budgetposten handelt es sich?“

Frage 2: „Wie hoch waren die ausgegebenen sowie die budgetierten Mittel der betreffenden Konten?“

Antwort zu Frage 1 und 2:

Zu den regulären und außertourlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gehören unter anderem:

- Ausgaben im Bereich der offenen Sozialhilfe nach dem Oö. SOHAG für Personen in Privathaushalten  
Budget 2021: 2.500.000,-- Euro  
Ausgaben 2021: 1.781.086,65 Euro
- Ausgaben im Bereich Krankenversicherung für Sozialhilfebezieher  
Budget 2021: 150.000,-- Euro (+ Umschichtung 20.000, -- Euro mittels KÜ)  
Ausgaben 2021: 152.678,62 Euro
- Ausgaben für Sozialhilfebegräbnisse  
Budget 2021: 10.000,-- Euro  
Ausgaben 2021: 9.850,91 Euro
- Weihnachtzuschuss-Aktion 2021  
Budget 2021: 260.000,-- Euro  
Ausgaben 2021: 185.400,-- Euro (Divergenz, da nicht mehr Anträge gestellt wurden)
- Energiekostenzuschuss-Aktion 2021

Zur weiteren Unterstützung erhielten die Bezieher des Weihnachtzuschusses (ausgenommen SH-Bezieher und Bewohner stationärer Einrichtungen) auch einen Energiekostenzuschuss in Form eines 50 Euro- eww-Gutscheines.

Budget 2021 im Rahmen der Umschichtung: 45.000, -- Euro

Ausgaben 2021: 26.041,67 Euro (Divergenz, da nicht mehr Gutscheine von den Anspruchsberechtigten eingelöst wurden)

- Erhöhter Energiekostenzuschuss – im Vergleich zu 2021 – mit erweiterten Anspruchsvoraussetzungen aufgrund der kontinuierlich steigenden Heiz- und Energiekosten  
Budget 2022: 185.100,-- Euro  
Ausgaben 2022 (bis 29.06.2022): 108.125, -- Euro (die Endabrechnung ist bis dato nicht erfolgt)
- Spargutscheine zur Unterstützung in finanziellen Notlagen  
Zur Unterstützung von Personen in akuten Notlagen werden auch immer wieder Spargutscheine ausgegeben.  
Budget 2020: 3.600, -- Euro  
Ausgaben 2020: 3.600, -- Euro  
Budget 2021: 3.400, -- Euro  
Ausgaben 2021: keine (zumal Ende 2020 noch eine größere Stückzahl angekauft wurde und während der Lockdowns keine bis wenige Bürger das Rathaus aufsuchten)  
Budget 2022: 4.000, -- Euro  
Ausgaben 2022 (bis 29.06.2022): 2.000, -- Euro
- Solidaritätsfonds der Stadt Wels (2020) zur Unterstützung von Personen, die durch die Corona-Krise arbeitslos geworden sind  
Budget 2020: keines; durch Umschichtung 265.000, -- Euro zur Verfügung gestellt  
Ausgaben 2020: 261.300, -- Euro
- Schulbeginnunterstützung (1. Klasse Volksschule oder Beginn Vorschule) für Familien mit geringem Einkommen  
Ausgaben 2021: € 6.708,--  
Budget 2022: € 11.000,--
- Erholungsaktion; Unterstützung für Kinder aus sozial schwachen Familien  
Ausgaben 2021: € 5.625,22  
Budget 2022: € 9.000,--
- Lebensmittelpakete und Lebensmittelgutscheine für arme und armutsgefährdete Familien  
Budget 2022: € 10.000,--
- Aktivpass für Menschen ab 60 Jahre und Zivilinvalidengutscheine  
Ausgaben 2020 € 135.649,--  
Einnahmen 2020 € 26.674,48
- Zuschuss der Stadt Wels für Menschen in den Alten- und Pflegeheimen pro Jahr rund € 9.500,00 pro Bett (2019). Das haben wir nicht hochgerechnet, das wäre ein tatsächlich unfassbar hoher Aufwand gewesen.

Frage 3: „Welche kurz- und langfristigen Trends lassen sich im Hinblick auf Armutsbekämpfung aus den Rechnungsabschlüssen seit 2015 ableiten und wie lauten die dazugehörigen Zahlen?“

Antwort:

Ich darf darauf hinweisen, dass die Rechnungsabschlüsse der Stadt Wels öffentlich zugänglich sind. Weiters können sämtliche Ausgaben der Stadt Wels im Bereich Soziales aus dem Statistischen Jahrbuch abgeleitet werden.

Grundsätzlich ist Armutsbekämpfung auf regionaler/kommunaler Ebene nur sehr eingeschränkt möglich und bezieht sich mehr auf individuelle Hilfen sowie die Unterstützung des einzelnen Bürgers (neben monetären Zuwendungen auch in Form von Beratung und vermittelnden Angeboten). Weiters spielen dabei auch soziale Organisationen, Vereine und Einrichtungen eine große Rolle. Viele davon werden auch seitens der Stadt Wels unterstützt. Der mitunter wichtigste Teil der Armutsbekämpfung muss im Zuge einer funktionierenden Sozialgesetzgebung auf Landes- bzw. Bundesebene erfolgen.

Der Grund warum ich das gesondert anführe ist, die Sozialgesetzgebung ist in Gesetzgebung und großteils auch in der Vollziehung und Budgetierung Angelegenheit des Landes und des Bundes. Wir werden eine Armutsbekämpfung, nachdem wir dafür nicht zuständig sind, mit dem Budget der Stadt Wels nicht bewältigen können. Genau so wenig wie wir die Panzer in der Welser Kaserne modernisieren können, weil Verteidigung auch eine Angelegenheit des Bundes ist. Mir fallen noch viele andere Dinge ein, die Angelegenheit des Bundes sind. Von der Außenpolitik bis zur Umweltpolitik sind das ganz viele.

Ich ersuche daher bei allfälligen Forderungen, die an die Stadt Wels gerichtet sind, immer im Auge zu behalten, dass wir dafür kein Budget zur Verfügung gestellt bekommen, sondern diese ausschließlich der Bund hat und dieser uns deswegen nicht mehr gibt, weil wir das machen. Das zur Berücksichtigung dieser Zahlen. Die Zahlen, die ich nannte, sind überwiegend aus dem Jahr 2021. Wenn ich konkretere Zahlen aus dem Jahr 2022 gefunden habe, habe ich diese genannt. Konkret nannte ich die Zahlen 2022 beim erhöhten Energiekosten-zuschuss, bei den Spargutscheinen und bei der Schulbeginnunterstützung.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Aussetzung der mit 01. Juli 2022 in Kraft tretenden CO2-Steuer;  
Resolution an die Bundesregierung  
Verf-015-I-10-2022

Bgm. Dr. Rabl: Vom Bundeskanzleramt kam ein Schreiben, dass die Resolution betreffend die Aussetzung der mit 01. Juli 2022 in Kraft zu tretenden CO2-Steuer an das Bundesministerium für Finanzen und an das Bundesministerium für Klimaschutz usw. zur weiteren Veranlassung weitergeleitet wurde. Ich kann mit großer Freude berichten, dass man unsere Resolution sehr ernst genommen hat und genau deswegen tatsächlich diese

Abgabe verschoben wurde. Vielleicht auch aus anderen Gründen, das kann ich nicht so genau sagen. Jedenfalls wurde sie ausgesetzt. Da sieht man welche Wirkung derartige Resolutionen haben können, was uns besonders freut.

Verleihung von Ehrenzeichen der Stadt Wels an  
ausgeschiedene Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates  
BdB-325-01-1-2022

Bgm. Dr. Rabl: Ausstehen tun noch die Ehrungen der ausgeschiedenen Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder. Wir dachten uns, dass wir nach der September - Gemeinderatssitzung um 18.30 Uhr die zu Ehrenden mit ihren Angehörigen hierher einladen und diese Ehrungen dann um 18.30 Uhr abhalten. Sollten wir mit dem Gemeinderat bis 18.30 Uhr nicht fertig sein, müssen wir diesen unterbrechen, machen dann die Ehrungen und fahren dann mit der Gemeinderatsitzung fort. Ich hoffe das findet eurer aller Zustimmung. Deswegen relevant, weil es sonst schwierig wird Termine zu finden, wo alle Zeit haben, wo alle Gemeinderäte vor Ort sind. Wir können vor allem die Laudationen vom Rednerpult sprechen. Auch das ist ein willkommener Anlass. Die Feierlichkeiten würden dann im Rahmen eines Stehbuffets im Foyer der Stadthalle stattfinden.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Umstellung der Schulbeginnunterstützung  
von einer finanziellen Unterstützung auf eine Sachleistung  
Verf-015-I-13-2022

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit abgegeben werden, wird sofort über die Dringlichkeit abgestimmt.

Dem Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erstellung eines Lärmschutzkonzeptes für den Bereich  
Wels-Nord und Wimpassing  
Verf-015-I-14-2022

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit abgegeben werden, wird sofort über die Dringlichkeit abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion (Anlage 2) wird die Dringlichkeit  
einstimmig zuerkannt.

Der Antrag diesen Dringlichkeitsantrag am Beginn der Tagesordnung zu behandeln, wird mit

10 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion, NEOS, GR. Schatzmann)  
gegen 24 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Schatzmann, MFG)  
abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Lärmschutzmaßnahmen; Antrag an den  
zuständigen Referenten  
Verf-015-I-15-2022

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit abgegeben werden, wird sofort über die Dringlichkeit abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 3) wird die Dringlichkeit  
einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Dringlichkeitsanträge werden somit nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

GR. Mag. Teubl: Ich stelle nach § 8 der GOGR den Antrag, dass der GRÜNE-Initiativantrag, welcher unter TOP 19. gereiht ist, am Beginn der Sitzung behandelt wird. Bevor der Herr Bürgermeister mir wieder erzählt, dass ein solcher Antrag nicht möglich ist, möchte ich auf den Wortlaut des § 8 GOGR hinweisen, indem es heißt: „Anträge zur Geschäftsordnung sind insbesondere ....“ – dann folgt eine Aufzählung. Durch das Wort „insbesondere“ ist klargestellt, dass es sich bei dieser Aufzählung um keine taxative Aufzählung handelt, sondern dass Geschäftsordnungsanträge mit anderen Formulierungen durchaus möglich sind.

Das Zweite, was der Herr Bürgermeister im letzten Gemeinderat gegen einen solchen Antrag einwendete war, dass laut Statut der Stadt Wels der Bürgermeister oder der geschäftsführende Bürgermeister zuständig ist für die Erstellung der Tagesordnung. Das ist selbstverständlich richtig, aber es heißt auch im § 22 Abs.1 StW.: „Jeder gültige

Beschluss des Gemeinderates ist vom Bürgermeister zu vollziehen.“ D.h. Beschlüsse des Gemeinderates sind für den Bürgermeister bindend, wie ja überhaupt der Gemeinderat das höchste Organ der Stadt Wels ist und nicht der Bürgermeister. Daher ist also ein solcher Antrag sowohl zulässig, als auch umzusetzen.

Jetzt aber noch einmal zum Antrag und zu seiner Begründung: Die Begründung dafür warum wir diesen Antrag vorziehen wollen geht daraufhin zurück, dass bis vor der letzten Wahl jede Fraktion einen vordringlichen Antrag einbringen konnte, der dann an den Beginn der Sitzung gereiht wurde. Diese Vereinbarung wurde von Bürgermeister Dr. Rabl einseitig aufgekündigt. Allerdings wurde von den Fraktionen dementsprechend Kritik daran geübt und in einer Fraktionsobleutebesprechung am 07. März 2022 eine Einigung erzielt dahingehend, dass diese Möglichkeit nicht mehr bei jeder Sitzung gegeben ist, sondern nur vier Mal im Jahr ein solcher vordringlicher Antrag eingebracht werden kann.

Dieser Vereinbarung gemäß haben wir uns entschlossen heute einen vordringlichen Antrag einzubringen. Dieser wurde allerdings nicht nach vorne gereiht. Wir ersuchen daher den Gemeinderat dafür zu sorgen, dass die Vereinbarung, die zwischen den Fraktionen und dem Herrn Bürgermeister erzielt worden ist, auch umgesetzt wird auf diese Art und Weise und um Zustimmung zu meinem Geschäftsordnungsantrag den TOP 19. vorzureihen vor den TOP 1.

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Geschäftsordnungsantrag ist zulässig. Nachdem es sich um die Abhandlung einer Sache handelt, glaube ich dieser Antrag ist richtig. Das war letztes Mal nicht der Fall. Sie haben dazugelernt, Herr Mag. Teubl, das freut mich!

Richtigstellen darf ich, es hat keine Vereinbarung der Fraktionen zum Thema vordringlichen Initiativantrag gegeben, das sagte ich bereits. Ich sah in meinen Unterlagen nochmals nach – es war nicht so, deshalb gibt es kommenden Montag nochmals eine Fraktionsobleutebesprechung. Da können sie gerne ihr Anliegen vorbringen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Behandlung des TOP 19. am Beginn der Sitzung wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
22 Nein-Stimmen (FPÖ-+ ÖVP-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr. Der Antrag wird daher wie vorgesehen unter TOP 19. behandelt. Wir gehen nun in die Tagesordnung ein. Ich ersuche Herrn Finanzdirektor Mag. Barth um die Darstellung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2021 mittels Power-Point-Präsentation.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

1.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2021  
FD-Buch-15-2021 miterledigt:  
FD-Fin-101-2021

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss und im Stadtsenat am 21.06.2022:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2021 wird genehmigt.

FD Mag. Barth referiert anhand beiliegender Power-Point-Präsentation (Anlage 5) über den Rechnungsabschluss 2021.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr Herr Mag. Barth für diese umfangreiche Darstellung. Ich erspare mir nun auf die einzelnen Zahlen einzugehen. Es ist zugegebenermaßen ein erfreulicher Rechnungsabschluss, der sehr viele glückliche Komponenten enthält, die auf diese Art und Weise nicht vorhersehbar waren. Insbesondere die starke Konjunkturerholung nach dem schwierigen Corona-Jahr 2020 spielte hier eine große Rolle.

Eine Zahl ist mir immer wieder ein Anliegen, weil wir sie öfters diskutierten, das ist die Entwicklung der Schuldenlast. Insbesondere für Herrn Mag. Teubl: Mit 70 Mio. Euro Schulden haben wir 2015 begonnen, 35 Mio. Euro sind durch den Verkauf der Sparkassenanteile zurückbezahlt worden, 24 weitere Millionen haben wir inzwischen aus eigener Kraft getilgt. Wir sind bei 11 Mio. Euro Schulden angelangt, d.h. die Reduzierung der Schulden ist nicht nur auf den Verkauf der Sparkassenanteile zurückzuführen. Man darf auch nicht vergessen es gibt erhebliche Rücklagen, weshalb wir alle Schulden - wenn wir wollten - sofort und unverzüglich tilgen könnten. Finanztechnisch macht das aber keinen Sinn, weil es trotzdem die eiserne Reserve der Stadt Wels ist, die wir seriöserweise auch immer brauchen.

Ich möchte ihnen aber jetzt ein paar andere Überlegungen mitteilen, die genauso wichtig sind wie dieser Rechnungsabschluss. Diese betreffen die Zukunft. Der Rechnungsabschluss gibt nur das wieder was im vergangenen Jahr passierte, aber enthält einen geringen Einblick was uns erwartet. Derzeit haben wir eine Inflation von über 8 % und rechne ich das nur für die Sachleistungen, die wir derzeit haben, so ergeben sich Mehrausgaben nur bei den Sachausgaben von ungefähr 5 Mio. Euro. Bei den Personalausgaben rechnen wir ebenfalls mit einer Steigerung von ungefähr 8 %, das sind Mehrausgaben von 6,4 Mio. Euro.

Wir verhandeln derzeit ein Personalpaket mit dem Land was die handwerklichen Berufe betrifft; das wird auch die Stadt Wels mit mindestens 1 bis 2 Mio. Euro treffen. Wenn ich jetzt noch die Transferzahlungen an das Land mitbedenke – Krankenhausfinanzierung usw. – plus 8 %, dann bin ich nochmals bei 4,8 Mio. Euro. Somit komme ich nur in einem Jahr auf Mehrausgaben von ungefähr 17 Mio. Euro. Das ist der jetzige Überschuss.

Gleichzeitig rechne ich im zweiten Halbjahr (ich bin nicht der Einzige, der damit rechnet, ich habe das von Wirtschaftsforschern) mit einer Stagnation. Das bedeutet, dass die Wirtschaftssteigerung unter der Inflation liegt. Wenn wir also von einer 8%igen Inflation über das gesamte Jahr ausgehen und einem 3%igen Wirtschaftswachstum, dann wird die Wirtschaft im Ergebnis um 5 % schrumpfen. Das bedeutet für uns Mindereinnahmen von ungefähr 10 Mio. Euro. So haben wir auf einer Seite 17 Mio. Euro Mehrausgaben, auf der anderen Seite 10 Mio. Euro Minderausgaben. Das wird uns vor riesige Herausforderungen stellen.

Das macht mir Gedanken insbesondere vor dem zusätzlichen Hintergrund, dass ich nicht weiß, ob der Gashahn im Oktober nicht tatsächlich zugelehrt wird. Das sind inzwischen Szenarien, die durchaus ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Das würde für Oberösterreich zusätzlich ein Minus im Wirtschaftswachstum von weiteren 5 % bedeuten. Nochmal 5 % weniger heißt nochmals 10 Mio. Euro weniger Steuern und würde vor allem zehntausende Arbeitslose zur Folge haben. Also das ist ein Krisenhorrorszenario, wenn ich das so nennen darf. Ich hoffe es wird uns nicht treffen, aber wir müssen trotzdem auf so etwas vorbereitet sein.

Unter diesem Aspekt braucht es eine sehr vorsichtige Finanzpolitik, auch wenn jetzt noch alles gut aussieht. Das muss man jetzt schon sagen, es gibt noch Nachzieheffekte, weil die Konjunktur noch immer sehr gut läuft. Aber wir haben zusätzlich noch das „Sparpaket“ oder die „Steuerreform“ – je nachdem man es halt nennt. Diese Steuerreform wird uns auch mindestens 5 Mio. Euro kosten. Das habe ich jetzt noch gar nicht gerechnet, weil das trifft uns erst ab 1.1.2023. D.h. also die Finanzsituation war im Jahr 2021 ein Ausnahmefall, 2022 wird großteils noch gut werden. Das hängt wesentlich davon ab wann man die wirtschaftlichen Eintrübungen auch steuerlich spürt. Hier gibt es einen Verzögerungseffekt von ca. drei Monaten. Aber spätestens 2023 rechne ich mit großen Herausforderungen in der Finanzpolitik, wo ich noch nicht sicher bin wie wir das tatsächlich meistern und in welcher Form uns das Ganze trifft.

Erfreulich war das Jahr 2021, 2022 schaut es gut aus, 2023 kann man mit einer gewissen Skepsis in dieses Jahr blicken.

GR. Mag. Lackner: Dieser Tagesordnungspunkt ist ein wichtiger Beschluss, weil er zeigt wie gut die Stadt Wels wirtschaftete. An dieser Stelle möchte ich mich namens der Freiheitlichen Fraktion bei allen Zuständigen in den Dienststellen und Abteilungen bedanken, dass sie die Verwaltung sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich führen. Ein ganz besonderer Dank gilt unserem Finanzdirektor Herrn Mag. Barth und seinem Team.

Mir war es wirklich eine Freude diesen Rechnungsabschluss 2021 zu lesen. Auch wenn die vergangenen letzten zwei Jahren nicht immer einfach waren, so haben wir uns doch von den Auswirkungen dieser Pandemie wieder etwas erholt und so konnte dieser Überschuss von 17,1 Mio. Euro erwirtschaftet werden.

Der Rechnungsabschluss zeigt uns aber auch, dass uns die Generationengerechtigkeit ganz besonders am Herzen liegt. So entwickelte sich der Schuldenstand sehr positiv und beläuft sich derzeit auf 11,9 Mio. Euro. Das sind über 2 Mio. Euro weniger als im Jahr 2020. Sehen wir uns die Hochrechnung für dieses Jahr an, so setzt sich dieser positive Trend weiter fort.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine ganz bedeutende Kennzahl nennen, und zwar die Pro-Kopf-Verschuldung. Diese liegt bei 191 Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 lag der Wert noch bei 1.160 Euro. Also hier ging wirklich etwas weiter. Somit sind wir auf einem sehr guten Weg in vier Jahren hoffentlich schuldenfrei zu sein.

Uns allen ist bewusst, es ist weiterhin notwendig mit den Steuergeldern sehr verantwortungsvoll umzugehen. Es ist nicht immer einfach hier eine Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden. Ein sehr guter Weg ist uns gemeinsam gelungen. Gerade die getätigten Investitionsimpulse sind ganz wichtige Schritte, um beispielsweise einer Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Wir investierten in nachhaltige Bereiche, die der Welser Bevölkerung zugutekommen. Der Ausbau der Kinderbetreuung, Welser Wochenmarkt, Straßenbau, Radwege, öffentliche Beleuchtung oder eben auch die Feuerwache in der Pernau sind nur einige wenige Beispiele, die wir nennen können. Mir ist ganz besonders wichtig den erwirtschafteten Überschuss für Projekte im nächsten Jahr abzusichern. Liebe Kollegen, dieser Rechnungsabschluss zeigt, dass in Zeiten einer Gesundheitskrise und Wirtschaftskrise wirklich wichtige und nachhaltige Impulse gesetzt wurden.

Bgm. Dr. Rabl: Mein Dank gilt den Mitarbeitern und der Beamtenschaft, die verantwortlich für diesen Rechnungsabschluss sind.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2022/007

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss und im Stadtsenat am 24.05.2022:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

GR. Mag. Teubl: Dieser TOP enthält durchaus sehr wichtige Maßnahmen, denen wir ohne weiteres zustimmen können. Er enthält allerdings auch eine Subvention, der wir keineswegs zustimmen können. So sind hier 20.000 Euro als Subventionierung für den Pennälertag der rechtsextremen Vereinigung des DcSV Gothia vorgesehen....

Vzbgm. Kroiß: Der DcSV Gothia ist kein rechtsextremer Verein, Herr Mag. Teubl!

GR. Mag. Teubl: Wir beantragen daher laut Geschäftsordnung eine getrennte Abstimmung dieses Punktes vom gesamten Tagesordnungspunkt.

Vzbgm. Kroiß: Das ist Sache des Vorsitzenden, d.h. es gibt keine getrennte Abstimmung!

GR. Reindl-Schwaighofer, MPA: Es gibt viele Anträge, die im Stadtsenat beschlossen werden, brauchen dann aber aus verschiedenen Gründen einen Beschluss im Gemeinderat. Diese werden dann in einer Tabelle gut zusammengefasst und dem Gemeinderat vorgelegt.

Auch heute sind wieder viele wichtige Dinge enthalten. Kollege Mag. Teubl sprach es schon an, es ist aber auch eine Subvention für den Burschenschaftstag der Pennäler Gothia enthalten mit 5.000 Euro, nicht 20.000 Euro. Auch im Ausschuss wurde darüber gesprochen und der Pennälertag wurde mitbeschlossen, schon ein bisschen verstohlen im Absatz hineinformuliert. Es wurde jedoch dann im Stadtsenat dieser Antrag von der SPÖ- und der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt.

Wir entnehmen dem Amtsbericht, dass es sich um den 38. Burschentag und das Stiftungsfest handeln soll und von 190 Pennäler-Organisationen Menschen in Wels erwartet werden. Ganz kurz möchte ich das Milieu beleuchten. Das Milieu, das wir hier fördern, ist ein Milieu wo es noch immer Menschen gibt, die sich noch nicht entschieden haben, ob der 08. Mai ein Tag der Freude, der Sieg gegen die Nazi-Diktatur, oder ein Tag der Niederlage ist. Das sind diese Menschen. Das sind Burschenschaften, die 50 % der Bevölkerung ausschließen – Mädchen und Frauen sind dort nicht zugelassen. Das sind Traditionsverbände, die in ihren Ahnenreihen noch immer hochbelastete Nazi sind, die sich nicht davon trennen können und das sind Menschen, die die Österreichische Nation als Missgeburt bezeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube nicht, dass die Stadt Wels solche Organisationen unterstützen soll und eigentlich können wir es uns auch sparen, dass wir sie als Gäste in unserer Stadt begrüßen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Ohne jetzt Mitglied in einem der beiden genannten Vereine zu sein möchte ich schon betonen, dass diese sachliche Zusammengehörigkeit gerechtfertigt ist. Die einen sind MKV, die anderen Pennäler und Burschenschaffter. Auf der anderen Seite bin ich mir sicher, dass wenn die von Kollegen Reindl-Schwaighofer gemachten Vorwürfe tatsächlich zutreffen würden, würde die unabhängige Justiz in Österreich ermitteln. Insofern kann ich nur sagen es geht hier um eine Förderung von Vereinen in Österreich. Der sachliche Zusammenhang besteht tatsächlich, deshalb hat man diese beiden Förderungen zusammengefasst in einem Amtsbericht.

StR. Rammerstorfer: Ich möchte kurz Stellung beziehen zu diesem Verein der Deutschkonservativen Semestralverbindung Gothia an sich. Man findet über diese Gruppe sehr wenig, weshalb mich die Subventionierung schon wundert. Will man sich über diese Gruppe informieren, tut man sich schwer. Die Homepage steht wortwörtlich „nur sehr eingeschränkt zur Verfügung“ und enthält keinerlei Inhalt auf eine Kontakt-Mail-Adresse. Auch der Impressumspflicht wird meiner Ansicht nach nicht korrekt nachgekommen. Der letzte Eintrag auf der Facebook-Seite stammt aus dem Jahr 2019, hier wurde die Adresse aktualisiert, der inhaltliche Beitrag stammt aus dem Jahr 2017.

Auch persönlich kann man sich nicht über das Wesen des Vereines informieren oder über seine Tätigkeit, denn ich zitiere wieder wortwörtlich: „Die Bude (=Vereinslokal) ist für bundfremde Personen leider gesperrt.“ Auch auf der Gemeinschaftsseite der Oberösterreichischen Burschenschaffter für das Landesdelegiertenkonvent findet man

wenig Aufschlussreiches. Unter Kontaktperson nur den Vermerk „wird noch bekanntgegeben“.

Meine Damen und Herren, wir fördern hier die Feier einer Gruppe eines Vereines, der in den letzten Jahren keine nachvollziehbaren Aktivitäten setzte. Ganz unabhängig wie wir zu der politischen Gesinnung dieser Menschen stehen. Das ist durchaus auch kritisierbar, ich möchte mich teilweise vielleicht in einer etwas abgeschwächten Wortwahl meinen Vorrednern anschließen. Ganz unabhängig davon einen Förderwerber, von dem man eigentlich nichts weiß, würde ich nicht unterstützen, der auch keinerlei nachvollziehbare Aktivitäten setzt. Da hätte wohl auch der Stadtrechnungshof keine Freude mit mir.

Was über die Gothia bekannt ist: Sie ist Mitglied des Landdelegiertenkonvents OÖ. und des Österreichischen Pennälerrings, also zwei Dachverbände der deutschnationalen Pennälerburschenschaften. Hier findet man noch andere, z.B. die Germania Ried, die 2017 ein Neonazi-Konzert veranstaltete. Das ist zweifellos keine unobjektive Einschätzung, sondern es ist schlicht und ergreifend so. Andere Burschenschafter aus diesem Pennälerring ist z.B. die Burschenschaft Germania in Wr. Neustadt. Man fragt sich warum diese Burschenschafter nicht in Deutschland um Subvention ansuchen, weil sie sich zum Teil mit der Republik Österreich so wenig verbunden fühlen. Von der Germania hat sich übrigens damals auch die FPÖ distanziert.

Es gab das 95. Stiftungsfest – hier findet man natürlich etwas auf Facebook. Programm war „Ein Abend in der Bude“ usw. Unabhängig von der Gesinnung dieser Menschen aus dem Budget Jugendbetreuung, Jugendförderung, Frühschoppen zu fördern, halte ich doch für nicht ganz seriös. Dementsprechend werden wir GRÜNEN uns der Stimme sozusagen im Gesamtpaket enthalten und diese einzelne Förderung ablehnen.

StR. Dr. Oberndorfer: Eines darf ich klarstellen: Wir reden von zwei unterschiedlichen Organisationen, die zwar in ihrem Außenauftritt durchaus eine gewisse Ähnlichkeit haben, aber ideologisch sehr unterschiedlich sind. Das muss man am Beginn betonen. Das eine ist der MKV, das ist der Mittelschülerkartellverband, der ist katholisch kooperiert, das sind politisch gesehen sehr konservative Menschen. Der Pennälertag des MKV hat bereits stattgefunden, es war eine dreitägige Veranstaltung mit 3.000 Besuchern, es gab eine große Messe am Stadtplatz. Anschließend einen Festumzug zur Messehalle zur Hauptveranstaltung, bei der Vertreter aller Fraktionen des Stadtsenates zugegen waren, was mich persönlich sehr freute.

Der MKV ist in der Mitte der Gesellschaft und ist als solcher unstrittig. Das andere ist die DcSV Gothia und ist der Burschenbundtag, der hier zur Diskussion steht. Zunächst muss man einmal festhalten, dass man nicht pauschal sagen kann, dass Burschenschaften rechtsextrem sind. Ich glaube sehr wohl, dass sie sich innerhalb des Verfassungsbogens bewegen. Freilich haben sie eine andere ideologische Ausrichtung als beispielsweise der MKV. Man kann das so zusammenfassen, sie sind national, teilweise auch deutschnational durchaus und sind sicherlich irgendwo, wenn man das Parteienspektrum sich ansieht in der rechten Sphäre oder am rechten Rand. Allerdings ist das doch im Großen und Ganzen innerhalb des Verfassungsbogens und insofern nicht von vorne herein förderunswürdig.

Insofern muss man sich die Frage stellen aus Sicht der Stadt Wels. Es gibt hier eine Organisation mit der Gothia, die mehr oder weniger Aktivitäten in der Vergangenheit gesetzt hat, aber vor allem mit dieser größeren Veranstaltung viele Besucher nach Wels

bringen soll. Nach meinem Kenntnisstand rechnen wir mit 700 bis 1.000 Besuchern, die kommen, übernachten werden und dementsprechend auch die Gastronomie in Wels aufsuchen werden und hier dadurch eine gewisse Umwegrentabilität bringen.

Das darf man bei dieser Diskussion nicht ganz außer Acht lassen. Das sage ich auch als Tourismusreferent und es bringt uns durchaus auch wieder eine Umweltrentabilität. Nicht so viel wie beim Pennälertag des MKV (3.000 Besucher). Das zu den Rahmenbedingungen. Ansonsten ist es eine politische Ermessensentscheidung, ob man diese beiden Vereine fördern soll oder nicht. Aber es war mir wichtig zu betonen, dass es zwei unterschiedliche paar Schuhe sind. Sie wurden gemeinsam in diesen Amtsbericht aufgenommen, wir haben uns alle dagegen ausgesprochen, aber es ist halt nun mal so – die Tagesordnung macht der Herr Bürgermeister und dieser wollte diese Anträge nicht trennen. Deshalb gibt es eine gemeinsame Beschlussfassung. Hätte es eine getrennte Beschlussfassung gegeben, so hätte es einen einstimmigen Beschluss hinsichtlich des Pennälertages gegeben und hätte dann eben was den Burschentag betrifft es Gegenstimmen gegeben, wobei ich davon ausgehe, dass auch hier eine Mehrheit zusammengekommen wäre.

Vzbqm. Mag. Schinninger: Ich finde es sehr schade, dass der Vorsitzende keine getrennte Abstimmung zulässt, denn es sind im Amtsbericht einige Dinge enthalten, denen man zustimmen muss und sollte, wie z.B. die WC-Sanierung in den Schulen, Tiergarten u.ä. Daher ist es wirklich schade, dass der Vorsitzende keine getrennte Abstimmung durchführen lässt. Meine Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Mit den anderen Kreditoperationen im Amtsbericht sind wir selbstverständlich einverstanden.

Bgm. Dr. Rabl: Ich halte es für einen Fehler, wenn man Verdächtigungen ohne Tatsachensubstrat ausstößt und Vereine denunziert ohne konkrete Ausgangslage. Herr Mag. Teubl, auch wenn sie jetzt mit dem Handy spielen und so tun als ob sie mir nicht zuhören, weiß ich trotzdem sie tun es. Wenn sie sagen, dass die Gothia rechtsextrem ist, so gibt es dafür keinen einzigen Beleg. Genauso könnte ich sagen, sie sind rechtsextrem – da gibt es auch keinen Beleg dafür. Es ist sehr leicht jemanden zu denunzieren, es ist sehr leicht ohne konkrete Fakten jemanden ins rechtsextreme Eck zu drängen. Das sage ich dem Johnny gleichermaßen. Auch was du sagtest lieber Johnny bezieht sich in keinem einzigen von dir genannten Faktum auf irgendetwas was die Gothia bisher gemacht haben. Kein einziges! Du hast auch selbst nichts genannt und wenn jetzt schon der Ausschluss der Frauen aus einem Verein ein rechtsextremes Merkmal ist, dann ist die ganze rotarische Gesellschaft rechtsextrem, weil dort sind fast alle Vereine nur für Männer zugänglich. Also das ist aus meiner Sicht ein unzulässiger Schluss in diesem Zusammenhang. Ich weiß schon, du machst das gerne. Richtig ist es noch lange nicht und vor allem absolut nicht seriös. Das weißt du auch.

Deshalb verwehre ich mich dagegen, ich kann mich nur vor Menschen stellen, die nichts gemacht haben und diesen Menschen allen möglichen Vorwürfe zu machen ist einfach nicht in Ordnung. Das sollten wir in diesem Rahmen nicht tun. Allgemeine und pauschale Urteile, die eine ganz Gruppe treffen ohne die individuelle Schuld in den Vordergrund zu rücken, sind immer falsch. Es gibt nicht die Ausländer, es gibt nicht die Burschenschaftler, es gibt nicht die Linken oder die Linksextremen oder sonstige. Es gibt nur einzelne, die etwas richtig oder falsch machen. An dem sollten wir uns orientieren, dafür haben wir eine Justiz, die es beurteilen kann, ob diese Werturteile zutreffen. Aber sie zu denunzieren ohne irgendein Tatsachensubstrat, davon halte ich wenig.

Der Antrag zu Punkt 2 der Tagesordnung wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
und 5 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Reindl-Schwaighofer)  
6 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion ohne GR. Reindl-Schwaighofer)

angenommen.

GR. KR. Schönberger war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2022/008

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 21.06.2022 und im Stadtsenat am 09.06.2022:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 3 der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
und 1 Nein-Stimme (NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

4.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2022/010

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 21.06.2022:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)  
gegen 4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2022/011

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 21.06.2022:

Die beantragte Kreditüberschreitung wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Heidemarie Hochmair und Andrea Maurer; Verkauf des  
Grst.Nr. 307/2, EZ. 681, KG. 51218 Obereisenfeld, an die  
Stadt Wels für die Parkanlage Laahen  
LV-026-01-18-2021 miterledigt:  
ZR-039-29-2021  
LV-026-03-24-2021

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 21.06.2022:

Der Gemeinderat möge den beiliegenden Kaufvertrag (Beilage ./A) abgeschlossen zwischen Frau Heidemarie Hochmair, Wels, Oberfeldstraße 35, und Frau Andrea Maurer, 4600 Thalheim bei Wels, Weiherstraße 89, als Verkäufer einerseits und der Stadt Wels als Käuferin andererseits über den Ankauf des Grundstückes Nr. 307/2, EZ 681, KG 51218 Obereisenfeld um den Kaufpreis von € 438.000,- beschließen.

GR. Wohlschlager: Es ist jetzt wirklich eine Wohltat nach einer durchaus hitzigen Diskussion nun zu einem positiven Punkt zu kommen. Diese Wortmeldung wird sich auf die Punkte 6. und 7. beziehen, nämlich auf die Grünraumoffensive. Durch den Ankauf der Grundstücke ist es uns möglich zusätzliche Parkanlagen für die Stadt zu schaffen. Zusätzliche Parkanlagen, die unsere Stadt aufwerten und zusätzliche Freizeitaktivitäten auch für unsere Kinder schaffen. Für die Kinder bedeutet dies die zusätzliche Benutzung von Spielgeräten, die Ausübung von Sportmöglichkeiten aber auch herum zu toben und einfach Treffen mit Freunden.

Für die Erwachsenen dienen die Parkanlagen hauptsächlich dazu einen Rückzugsort zu haben, um zu entspannen. Was den im Punkt 6. betroffenen Park Laahen betrifft, so hat hier die Parkwerkstatt ja schon stattgefunden unter reger Bürgerbeteiligung. Parkwerkstätten sind ein tolles Instrument, um einerseits die Bürger mit ins Boot zu holen, ihre Anregungen, ihre Ideen und Vorschläge miteinzubringen. Andererseits ist es auch eine Möglichkeit für die Stadt Wels zusätzliche finanzielle Mittel durch das Land OÖ zu lukrieren.

Die Parkwerkstätte hatte eine rege Beteiligung. Es sind viele Anregungen in den Plan eingeflossen, der uns im Ausschuss schon vorgestellt wurde. Im Prinzip ist im Park Laahen auch durch die Größe wirklich alles möglich. Es gibt einen Kleinkindbereich, Sportmöglichkeiten, Rückzugsorte, es gibt für Jung und Alt ein Angebot, für welches gesorgt wurde. Bei diesen Dingen zahlt es sich definitiv aus zu investieren. In die Stadt, in zusätzliche Grünflächen und natürlich auch in unsere Kinder

GR. KR. Schönberger: Jede Parkanlage ist zu begrüßen und ich bin recht froh darüber, dass man vorausschauend diese Parks mittlerweile anlegt, so wie jetzt in Laahen. Ich möchte aber schon darauf verweisen, dass wir noch sehr viel Brachland haben, wo sehr wohl in der Raumordnung Parkflächen enthalten sind, aber seit Jahren eigentlich dort nichts stattfinden lassen. Eine dieser Flächen ist zwischen dem Kindergarten in der Siebenbürgerstraße und mehr oder minder dem Hof von der Familie Watzinger. Auch dort haben wir seit Jahrzehnten eine Parkfläche gewidmet und dort findet eigentlich nichts statt.

Sieht man sich dieses Gebiet an (Straubinger Straße und Siebenbürgerstraße), wo sehr viele Menschen in den letzten Jahren hingezogen sind, dann sollte man vielleicht auch dieses Projekt wieder aufgreifen und mit den Menschen, die ja alle in ihren Wohnungen sitzen und sehr wenig Grünraum zur Verfügung haben, außer den eigenen Spielanlagen, die in den Wohnanlagen vorgeschrieben sind, wieder Gespräche führen, um auch dieses Parkprojekt aufleben zu lassen. Es sind wirklich 1.000e Menschen davon betroffen.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Karl, zur Erläuterung: In der Vergangenheit sind wirklich extrem viele Fehler in diesem Bereich gemacht worden, weil man zwar Umwidmungen vornahm aber nicht gleich darauf schaute, dass diese Parkanlagen gekauft wurden. Seit 2015 ist es anders wie wir wissen, da wird darauf geschaut, dass diese Parkanlagen gleich mitgekauft werden. Aber ich kann dich beruhigen, ich sprach erst vorigen Monat mit Herrn Watzinger anlässlich der Spatenstichfeier für das Bauhaus (StR. Dr. Oberndorfer war auch dort) und da haben wir dieses Thema angesprochen. Es gibt nur keinerlei Verkaufsbereitschaft. Wenn man nicht sofort bei der Umwidmung diese Flächen mitverhandelt und mitkauft, scheitert man in der Folge bei den Grundeigentümern, die sagen, ich werde doch mein gutes schönes Land nicht hergeben fürs billige Geld. Das gleiche haben wir übrigens auch in der Pernau. Auch dort gibt es in der Negrelli- oder Herderstraße eine Parkanlage der Familie Roth. Wir versuchten diese zu erwerben – völlig ausgeschlossen, diese wird nicht verkauft.

Also die Fehler der Vergangenheit im Kurzen auszugleichen ist immer schwierig. Trotzdem versuchen wir es natürlich, trotzdem versuchen wir Grundkäufe, wo ja in nächster Zeit mehrere derartige Grundkäufe im großen Umfang anstehen, zu tätigen, und zwar dort wo wir sie brauchen und dafür Grundreserven, die wir haben, dort wo wir sie nicht brauchen, zu verkaufen. Das soll sich aus meiner Sicht immer die Waage halten, eher sollten wir mehr kaufen als verkaufen - wir müssen strategische Grundstücksreserven anlegen. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir gesehen was uns blüht in der Pernau, wo wir mit Müh und

Not und nur über massiven persönlichen Einsatz der damaligen Referentin Silvia Huber es geschafft haben eine Liegenschaft zu erhalten. Deswegen sobald sich eine Gelegenheit ergibt, greifen wir zu. Das haben wir auch in diesem Fall getan, weil dieses Geld sollten wir auch immer zur Verfügung haben. In der Vergangenheit gab es durchaus Versäumnisse, aber wir holen sie ja auf.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

7.)

Norikum Wohnungsbaugesellschaft mbH, Wels, Kalkofenstraße 25;  
Abtretung bzw. Verkauf der Grundstücke Nr. 916/1 und 916/2  
KG. 51215 Lichtenegg an die Stadt Wels für die Errichtung  
einer Parkanlage  
LV-026-02-11-2020

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 21.06.2022:

Der Gemeinderat möge beiliegenden Kauf- und Abtretungsvertrag (Beilage .1), abgeschlossen zwischen der Stadt Wels als Käuferin und der Norikum Wohnungsbaugesellschaft mbH, Wels, Kalkofenstraße 25, als Abtretende/Verkäuferin, über die Abtretung bzw. den Erwerb der Grundstücke 916/1 und 916/2 KG 51215 Lichtenegg, zu einem Gesamtpreis von € 138.300,-- beschließen.

GR. Hufnagl, MPA: Zu diesem Punkt hätte ich eine Frage: Es geht hier um das eine Grundstück, auf dem einmal ein Haus stand, das inzwischen abgerissen wurde, was ich persönlich sehr schade finde, weil das Haus noch in einem sehr guten Zustand war und man sich auch überlegen hätte können, ob man das Gebäude irgendwie einer Nachnutzung hätte zuführen können. Egal – es ist schon weg!

So wie ich im Amtsbericht lese betrug die Abrisskosten € 38.000,--, die von der Firma Norikum geleistet wurden, soweit ich das richtig verstand, und umgekehrt aber hätte die Norikum noch die Ufersanierung machen müssen in Höhe von € 75.000,--. Verstehe ich das richtig, dass man das jetzt gegenrechnet und in eine Fläche umrechnet und den Rest sozusagen kauft? Ich verstehe diese Konstruktion nicht, warum man das so kompliziert macht. Vielleicht könnten sie mir das erklären.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Hufnagl, so wie ich es aus dem Vertrag ersehe ist als Kaufpreis festgelegt ein Betrag von € 354.000,-- und der setzt sich aus zwei verschiedenen Komponenten zusammen. Über den wird in dieser Form abgestimmt.

Die Frage, die sie mir stellen, kann ich jetzt sofort nicht beantworten. Ich darf die Antwort nachreichen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Mag. Schinninger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die  
Parkgebühren-Verordnung 2018 abgeändert wird  
(1. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung 2018)  
FD-Park-10010-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 13.06.2022, der Gemeinderat möge die beigefügte 1. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung 2018 der Stadt Wels beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Union BC Flyers Wels – Basketballteam;  
Abschluss einer Subventionsvereinbarung  
BK-Sport-143-2022

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 13.06.2022, der Gemeinderat möge die beiliegende Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem Verein Union BC Flyers Wels – Basketballteam betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von € 150.000,- beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Mag. Schinninger dankt für die Berichterstattung.

10.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem eine Tarifordnung für die Anmietung von Räumen in der Landesmusikschule Wels beschlossen wird (Anmietungstarifordnung Landesmusikschule Wels 2022) K-067-2-2021

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 21.06.2022, der Gemeinderat möge die beiliegende Anmietungstarifordnung Landesmusikschule Wels 2022 (Beilage ./1) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Musikalische Jugend Österreichs, Zweigverein Wels;  
Gewährung einer jährlichen Subvention und Abschluss einer Vereinbarung auf fünf Jahre  
K-066-6-2022

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 21.06.2022:

Die beiliegende Subventionsvereinbarung (Beilage ./1) zwischen der Stadt Wels und dem Verein Musikalische Jugend Österreichs, Zweigverein Wels, Lannerstraße 27, über die Gewährung einer jährlichen Barsubvention in Höhe von € 18.000,00 und Naturalleistungen in Höhe von jährlich maximal € 14.333,12 ab dem Jahr 2022, befristet auf fünf Jahre, maximale Gesamtförderung somit € 161.665,60, wird vorbehaltlich des jeweiligen Budgetbeschlusses durch den Gemeinderat der Stadt Wels beschlossen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Dieser TOP ist mit dem Intendanten des Abonnement-Konzertes in Wels fest verbunden. Wer schon einmal bei einer Veranstaltung der Jeunesse in der Musikschule war weiß, wie fantastisch diese Vermittlungsarbeit funktioniert. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Bildung von Menschen gute Musik näher gebracht zu bekommen. Ein frühzeitiges Heranführen an Klassikelemente ist ein wichtiges Element für die Menschheitsbildung. Menschen werden auch musisch über Musik gebildet und zu herzensguten Menschen gemacht. Danke dafür – es ist eine wichtige Initiative.

Ganz besonders freut es mich, dass die Referentin die Initiative, die wir schon vor zwei Jahren begonnen haben, dass der Verein sich selbst konstituiert, umsetzt. Der Verein fungiert jetzt nicht mehr als Zweitverein. Damit werden wir als Stadt Wels mehr Kinder erreichen, die bei diesen Veranstaltungen dabei sind. Schade ist die Dotierung dieses Bereichs. Er wurde mit € 18.000,-- gedeckelt wo wir wissen mit ein paar tausend Euro mehr

könnten wir allen Kindern gewisser Altersgruppen diese Veranstaltung ermöglichen. Es wird immer schwieriger Subventionen zu kompensieren über Geldgeber, über Menschen, die sagen ich spende etwas. Darum wäre es wirklich angebracht, dass die Stadt Wels sich ihrer Verantwortung in diesem Bereich bewusst wird und den Betrag nochmals aufstockt. Danke für die Initiative, insbesondere an Helmut Schmidinger für die hervorragenden Leistungen für die Kinder in der Stadt Wels.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Diese Förderung geht nun über den Kultur- und Förderbeirat. Dieser hat sich dazu entschlossen die bisherige € 18.000,-- Barförderung an die Förderung des Landes anzugleichen. Man darf auch nicht vergessen, dass noch über € 14.000,-- Naturalsubvention geleistet wird.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

Abschluss des Folgevertrages zur Zielvereinbarung 2022  
zum Vertrag „Integrierte Versorgung Demenz in OÖ (IVDOÖ)“  
zum Betrieb der extramuralen Demenzangebote in OÖ  
der Stadt Wels  
SO-SenB-100.000-2022

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 21.06.2022:

Der Gemeinderat möge die beiliegende Zielvereinbarung 2022 zum Vertrag Integrierte Versorgung Demenz in OÖ (IVDOÖ) zum Betrieb der extramuralen Demenzangebote in OÖ der Stadt Wels, Stadtplatz 1, (Beilage 1) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Mag. Schininger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Zu TOP 13. liegt mir ein Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Der Tagesordnungspunkt möge wie folgt abgeändert werden:

### **Artikel I**

Die Schulbeginnunterstützung 2001, Beschluss des Gemeinderates vom 25.07.2011, in der Fassung der 1. Novelle vom 03.07.2008 und 2. Novelle vom 24.09.2012, wird wie folgt geändert:

Artikel I, Zi. 2 lautet nach der Überschrift:

„Stufe I € 100,-- wird unabhängig vom Familieneinkommen gewährt. Eine Unterscheidung des Bezieherkreises nach Höhe des Familieneinkommens ist somit nicht mehr gegeben.“

## Artikel II

Der Beschluss tritt ab sofort in Kraft.“

Geändert wird also nur die Grenze € 78,-- auf € 100,--. Alles andere bleibt gleich. Das ist etwas mehr als die Indexsteigerung seit 2012. Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

13.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Schulbeginnunterstützung in der 1. Schulstufe geändert wird (3. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001)  
SRe-412-28-1-2022

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 21.06.2022, der Gemeinderat möge die beiliegende 3. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001 beschließen.

GR. Wiesinger: Erlauben sie mir unseren Dringlichkeitsantrag in die Debatte miteinfließen zu lassen, thematisch passt das sehr gut. Grundsätzlich hat die ÖVP-Fraktion Vorschriften und Maßnahmen des Landes und Bundes, wenn es darum geht die Familien zu unterstützen, gesetzt. Deshalb sind uns Unterstützungsmaßnahmen für die Familien sehr wichtig.

Beim vorliegenden Antrag muss vorweg über die Gründe warum seit 2019 die Schulbeginnunterstützung rückläufig ist gesprochen werden. Für mich gibt es drei Gründe: Zum einen glaube ich, dass es für viele Eltern nicht einfach ist einen Lohnzettel abzugeben, es gibt eine gewisse Hemmung. Zum anderen glaube ich auch, dass es durchaus Familien gibt, die mit einer Antragstellung überfordert sind. Das müssen wir als Stadt auch zur Kenntnis nehmen. Das andere ist, dass diese Unterstützungsmöglichkeit nicht so bekannt ist. Das sind für mich die Gründe. Leidtragende sind die Kinder.

Wir führten diese Schulbeginnunterstützung 1991 ein, in den Jahren 2001, 2008 und 2012 wurde diese novelliert. Das bringt mich jetzt zu unserem Dringlichkeitsantrag. Ich denke, man könnte diese Unterstützung nochmals weiterentwickeln. Um das geht es.

Wie schon zu Beginn erwähnt, ist mir eine Unterstützung der Familien wichtig. Im Gespräch mit Pädagogen ist ein Aspekt aufgetreten, den wir in unserer Diskussion gar nicht beleuchtet haben. Die von den Lehrern erhaltene Liste umfasst welche Stifte man braucht,

welche Hefte usw. Die Lehrer sagten mir, dass es oft Monate dauert bis die Kinder ihre Unterrichtsgegenstände mit in die Schule bringen.

Jetzt wissen wir, dass das nicht Verfehlungen der Kinder sind. Die Eltern besorgen in der Regel die benötigten Dinge. Mag es Unfähigkeit, Nichtwissen, Desinteresse oder irgendein anderer Grund der Eltern sein – mir tun einfach die Kinder leid. Eines muss uns klar sein, wir reden hier von der ersten Schulstufe. Die Kinder freuen sich, kommen vom Kindergarten in die Schule. Versetze ich mich nun in ein Kind, welches drei Monate lang gefragt wird, ob sie endlich die Stifte, die Hefte usw. mithat - was wird mit diesem Kind passieren? Die Freude in die Schule zu gehen wird gehemmt. Ich möchte gar nicht wissen welche Auswirkungen es auf die Schulkarriere hat.

Aus meiner Sicht ist das ein ganz wichtiges Thema. Als ich den Antrag der FPÖ-Fraktion las dachte ich mir, entwickeln wir doch diese Schulunterstützung weiter und schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. So unterstützen wir Familien und lösen das Problem der nicht gleichzeitig vorhandenen notwendigen Schulartikel.

Wir stellen den Dringlichkeitsantrag die finanzielle Unterstützung in eine Sachleistung umzustellen. Ich lade alle Fraktionen ein über diesen Vorschlag nachzudenken. Es kann mit der gleichen Qualität gleichzeitig der Schulunterricht beginnen, das ist ganz wichtig. Was bringt es mir, wenn ich Malunterricht habe und es hat die Hälfte der Klasse noch keinen Malkasten mit. Auch die Pädagogen sind entlastet. Deshalb ersuche ich unseren Dringlichkeitsantrag mit zu überlegen. Es ist sicher sehr ambitioniert, wenn wir den Antrag im Herbst umsetzen möchten. Es gibt Gemeinden, wie Steinhaus, in der dies einstimmig mit allen Fraktionen beschlossen wurde. Auch mit den Stimmen der GRÜNEN, weil ich in der Zeitung las die GRÜNEN halten von diesem Vorschlag nichts. Es ist das Gießkannenprinzip.

Die Familienbeihilfe bekommt auch jeder unabhängig vom Einkommen, ebenso den Familienbonus. Auch unser Antrag ist eine Familienunterstützung. Deswegen glaube ich hier nicht mit Einkommensgrenzen arbeiten zu müssen.

Die FPÖ in Neuhofen brachte einen ähnlichen Antrag ein wie wir. Sie fordern ebenfalls die Schulbeginnunterstützung in eine Sachleistung umzustellen. Mit diesem Antrag können wir viele Probleme lösen. Es geht um eine einmalige Unterstützung für die Schulanfänger. Wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen und hoffen unser Dringlichkeitsantrag wird genauso die Zustimmung finden.

GR. Wohlschlager: GR. Wiesinger sprach explizit die Umlandgemeinden an. Die FPÖ brachte in Steinhaus diesen Antrag ein. Alle Gemeinderäte sind froh und dankbar einen einstimmigen Beschluss gefasst zu haben. Mittlerweile hat auch die FPÖ Marchtrenk diesen Antrag eingereicht und dieser wurde auch dort einstimmig beschlossen. Ich darf jedoch vorwegnehmen, Steinhaus hat 37 Erstklässler, Marchtrenk hat rund 200 Erstklässler, Wels hat rund 700 Erstklässler. Also da gibt es schon ein paar Faktoren, die man abgleichen muss. Natürlich ist es auch nicht so, dass von allen Schulen und allen Pädagoginnen das gleiche Grundpaket benötigt wird, d.h. es ist hier schon einiges an Klärungsbedarf gegeben. Vor allen Dingen muss ein Kooperationspartner für derartige Vorhaben gefunden werden, der dann auch verlässlich ist.

Aus acht Jahren Elternvereinstätigkeit weiß ich, dass immer wieder Kinder zurückbleiben, weil die Eltern die Utensilien, die Materialien nicht besorgen. Es ist auch oft so, dass es nicht an den finanziellen Mitteln hapert, sondern einfach am Verständnis warum das Kind für die Schule diese Materialien benötigt. In meiner Schule (VS 10) war es so, dass die Eltern zu einem Elterngespräch in die Schule geladen wurden, um eben diese Defizite zu beheben.

Zu den drei Punkten, warum du glaubst die Anträge sind gesunken: Der Einkommensnachweis fällt dann weg, was für die Verwaltung um einiges einfacher ist. Das zweite Argument war die Sprache. Natürlich ist es in vielen Familien ein Hindernis, andererseits Deutsch ist Amtssprache. Auch in den acht Jahren Elternverein hatten wir die Diskussion immer wieder, soll man die Formulare übersetzen lassen? Wenn ja, in welchen Sprachen? Alleine in unserer Schule gab es 13 Nationen – wo fange ich an und wo höre ich auf?

Ich sehe es grundsätzlich so, man soll die deutsche Sprache in den Familien fördern und halte es nicht für dienlich alles zu übersetzen. Zum Argument bei vielen Familien ist diese Unterstützung vielleicht nicht bekannt muss ich sagen, diese Anträge werden in den ersten Klassen ausgeteilt. D.h. jedes Kind bekommt dieses Informationsschreiben von der Lehrerin mit nach Hause. Ob die Eltern es dann lesen oder nicht, ob sie es verstehen oder nicht – natürlich diese Gefahr gibt es immer. Grundsätzlich erhält jeder Elternhaushalt, der sich für die Schule, für das Schulgeschehen und dadurch auch für sein Kind interessiert, dieses Formular direkt nach Hause geliefert.

GR. Scheinecker, BA: Für eine Erhöhung der Unterstützung gibt es eine große Einigkeit. Es soll die Einkommensgrenze wegfallen, weil in den jetzigen Zeiten eine große finanzielle Belastung für sehr viele Familien besteht. Wesentlich ist die Familien zu unterstützen, insofern ist dieser Antrag und die Erhöhung grundsätzlich zu befürworten.

Wie von Kollegin Wohlschlager angesprochen muss man dies sehr stark kommunizieren, die Eltern müssen das wissen und darauf aufmerksam gemacht werden. Wir werden dem Antrag und natürlich auch dem Abänderungsantrag zustimmen, weil wir ähnliche Überlegungen in der Fraktion hatten.

Zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP: Diesen sehe ich ein wenig differenziert, grundsätzlich ist die Meinung nicht schlecht. Eltern statten ihre Kinder aus oder auch nicht – aus welchen Gründen auch immer. Das können sehr viele sein. Meine Tochter hatte auch einmal vier Wochen kein Heft mit, weil sie einfach vergessen hat es mir zu sagen. Der Lehrer hat ihr wahrscheinlich dreimal einen Zettel mitgegeben, dass das Heft zu besorgen ist. Dieser kam bei mir nie an. Es liegt nicht an meiner Fähigkeit Hefte zu kaufen, sondern an der großen Schlampigkeit meiner Tochter. Insofern gibt es diverse Gründe. Ich glaube aber, dass die Umsetzung schon ein bisschen schwierig ist. Überlege ich mir welche Stifte oder welches Federpenal meine Tochter gerne hätte, so ist das für Erstklässler sehr wichtig. Auch die Schultasche hat sie sich selbst ausgesucht. Man muss genau überlegen, was auf dieser Liste steht. Deshalb gibt es noch großen Diskussionsbedarf. Zur Verfügung stellen sollte man Dinge wie Hefte, Stifte und dergleichen, die nicht die persönlichen Vorlieben der Kinder widerspiegeln. Meiner Meinung nach ist der Antrag eine sehr kurzfristige Geschichte für den Herbst. Danke für den Abänderungsantrag, dass wir es tatsächlich jeder Welser Familie zukommen lassen und ein bisschen mehr Geld in die Hand nehmen als bisher.

StR. Rammerstorfer: Grundsätzlich freue ich mich, dass sich alle darüber Gedanken machen. Es sind alles gute Vorschläge, ich halte natürlich den von den GRÜNEN am besten. Warum das so ist möchte ich kurz erörtern. Dass die Zahl der Anträge gesunken ist, ist ja selbstverständlich. Wie Bgm. Dr. Rabl nicht müde wird zu erörtern, fließen ja in Wels Milch und Honig. Dass wir dementsprechend weniger Bedürftige haben, könnte einer der Gründe sein.

Zum Antrag der ÖVP: Ich stelle mir die administrative Handhabung schon sehr schwierig vor, wer soll für 700 Erstklässler bzw. auch für die Vorschulschüler diese Schulausstattung besorgen? Sollen das die Lehrkräfte machen? Diese sind ohnehin extrem herausgefordert in den Welser Schulen durch Personalmangel. Zu befürchten ist auch wieder eine Pandemiewelle zu Schulbeginn. In der Praxis stelle ich mir das schon sehr schwierig vor.

Eine weitere Schwierigkeit in der Praxis: Die größten Kosten sind ja nicht Hefte und Stifte, wie die ÖVP in ihrem Antrag schreibt. Da geht es eben um die Schultasche, um Turnschuhe, um Hauspatschen, um andere Kleidungsstücke, da geht es um Geld für Ausflüge, für Bastelmaterial, teilweise auch für Nachhilfe. Wir haben viele Volksschüler, die schon Nachhilfe brauchen.

Wir sind also auf alle Fälle der Meinung, dass es zumindest auch eine finanzielle Zuwendung braucht und eben nicht nur diese Materialien. Ich stelle mir die Einigkeit sehr schwierig vor herzustellen was man braucht. In den Volksschulklassen gibt es ganz unterschiedliche Ansätze, ganz unterschiedliche Meinungen und – das weiß ich aus der Zeit als Papierfachhändler – regelrechte Glaubenskriege, ob man mit einem Quad-Heft oder mit einem A 5-Querheft zu schreiben anfangen soll oder mit einem Bleistift, mit einem Tintenroller oder was auch immer. Dann zählen dazu noch 10 % Linkshänder, die eigene Scheren, Füllfedern, Stifte brauchen. Es gibt sogar eigene Spitzer für Linkshänder. Ob das jetzt dringend notwendig ist, kann ich nicht beurteilen – ich bin Rechtshänder.

Ich habe drei ältere Geschwister und hatte relativ wenig Originalteile in der Schultasche, sondern ich habe den Malkasten oder die Ölkreiden der größeren Geschwister auch noch benutzt. Also da wurde vieles übertragen. Ich sehe es ehrlich gesagt nicht ein, warum wir als Stadt Wels z.B. einem Millionärskind die Bleistifte zahlen sollen. Darum möchte ich, dass wir bei der sozialen Treffsicherheit bleiben, dass wir dem GRÜNEN-Antrag folgen, der als Punkt 20. auf der Tagesordnung steht. Bis dahin haben wir noch ein wenig Zeit zu überlegen. Für die, die es wirklich brauchen, sollte man eine deutliche Erhöhung machen auf € 156,--.

Im Ausschuss wurde Ähnliches beantragt. Bleiben diese € 78,--, dann würde das eine reale Verteuerung für die Bedürftigen darstellen. Durch die hohe Inflation würde das für die einen eine deutliche Verteuerung darstellen. Für die anderen nicht, die das Geld nicht so nötig brauchen.

Auch die Praxis wurde schon mehrfach angesprochen. Ich sprach heute mit der Lehrerin meines Sohnes, in weiterer Folge auch mit der Direktorin. Er geht in die VS 10, also eine der Schulen mit einem sehr hohen Anteil einerseits von finanziell benachteiligten Menschen, andererseits von Menschen mit Migrationshintergrund. Ich fragte sie, ob es wirklich so eine Raketenwissenschaft ist diesen Antrag auszufüllen. Sie sagte nein, das ist überhaupt kein Problem. Sie teilen diese Anträge in der Schule aus bei den Elternabenden zu Beginn des Schuljahres. Wer Hilfe beim Ausfüllen braucht bekommt sie natürlich. Dann

gibt es eine gewisse Frist zur Abgabe in der Schule. Wer diese Frist versäumt muss persönlich zum Magistrat gehen. Wer sie nicht versäumt bekommt sie quasi ganz automatisch, wenn er die nötigen Unterlagen bringt.

Auch die Vergleiche mit Neuhofen, Steinhaus usw. hinken ein wenig. Wie Kollegin Wohlschlager ausführte, ist es dort doch deutlich einfacher eine Einigkeit zu erzielen. Der Antrag ist relativ einfach, auch der Einkommensnachweis, den man für viele Zwecke in Österreich benötigt, sollte zu erbringen sein.

Wir sind gegen das Gießkannenprinzip, wir halten unsere Idee als die beste - eine deutliche Erhöhung des Zuschusses für die, die es wirklich brauchen. Das ist praktisch umsetzbar, vielleicht mit Hilfe der Elternvereine. Heute habe ich der Direktorin der VS 10 angeboten beim Ausfüllen mitzuhelfen. Sie sagte das ist überhaupt nicht notwendig. Vielleicht ist es in anderen Schulen anders, aber ich bin mir sicher dort werden wir auch Freiwillige finden, die mithelfen in irgendeiner Form.

Der Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Der Antrag zu Punkt. 13 der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

14.)

Teilnahme am „OÖ. Aktionsprogramm Orts- und Stadtkernentwicklung,  
Leerstand und Brachen“ im Rahmen der Stadtregion Wels  
StP-386-02-1-2022 miterledigt:  
DI-P-024-2017

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 20.06.2022, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass beabsichtigt ist am OÖ. Aktionsprogramm „Orts- und Stadtkernentwicklung, Leerstand und Brachen“ teilzunehmen und im Rahmen dieses Programms einen Förderungsantrag zu stellen.
2. Aus dem Beschluss des Stadtregionalen Forums vom 12.05.2022 ergibt sich, dass die Stadt Wels die Vorfinanzierung der Projektkosten von voraussichtlich € 100.000,-- übernimmt und ein voraussichtlicher Eigenmittelanteil in der Höhe von € 17.500,-- zu finanzieren sein wird.
3. Die Stadt Wels übernimmt die Projektträgerschaft bei Förderantrag und externer Auftragsvergabe sowie die Vorfinanzierung der externen Leistungen.

GR. Mag. Teubl: Dieses Aktionsprogramm des Landes Oberösterreich zur Stadtteilentwicklung ist zweifelsohne eine sehr gute Sache. Wir GRÜNEN haben uns immer schon dafür eingesetzt, dass wir den Flächenverbrauch möglichst reduzieren, dass wir den Boden schützen und so wenig wie möglich neue Flächen versiegeln. Diese Erhebung von Leerständen und Brachen kann dazu ein wichtiger Schritt sein. Wir können also hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, die dann dem Grundsatz „Umbauen – Nachnutzen“ statt „Neu Bauen“ in die Tat umsetzen lassen. Deshalb sind wir natürlich sehr dafür, uns an diesem Projekt zu beteiligen. Wir haben auch die Zusicherung, es handelt sich dabei sozusagen um ein Pilotprojekt für den Bereich Neustadt Süd, das dann, wenn es sich bewährt, ausgeweitet wird auf den Rest des Stadtgebietes und wir glauben damit kann tatsächlich ein erheblicher Beitrag zum Umweltschutz, zur Flächenverbrauchssenkung und damit zur Erhaltung von Boden in unserer Stadt geleistet werden. Also eine eindeutige Zustimmung von unserer Seite.

StR. Schäfer, BSc MSc: Danke für die Wortmeldung. Kollege Mag. Teubl sprach es an, es handelt sich um einen Piloten. Wir probieren dieses Programm jetzt einmal aus und werden uns in der Folge natürlich im Rahmen dieses Programmes oder auf andere Art und Weise in den nächsten Jahren stark den äußeren Stadtteilen widmen. In den vergangenen Jahren passierte schon sehr viel, insbesondere in der Innenstadt, im Stadtkern. Nun stehen alle äußeren Stadtteile auf unserem Programm. Diese werden wir sukzessive unter Einbindung der dort lebenden Bevölkerung weiterentwickeln.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

15.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2023;  
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019  
BauD-BauS-21-2022

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Mobilitätsausschuss am 21.06.2022, der Gemeinderat möge dem in der Anlage beigefügten Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2023 seine Zustimmung erteilen.

GR. Bruckner: Ich weiß, es geht heute um das Straßenbauprogramm 2023. Dieses Programm hat indirekt etwas zu tun mit dem Straßenbauprogramm 2022, nämlich was die Radwege anbelangt. Im Straßenbauprogramm 2022, also heuer, sind bei den Radwegen insgesamt 8 Projekte angeführt. Das erste Projekt ist der Radweg Stadlhofstraße West nordseitig nach erfolgter Grundeinlösung. Dieser Radweg wird offensichtlich heuer nicht mehr gebaut und findet sich nunmehr im Straßenbauprogramm 2023 wieder. Das zweite Projekt Radweg Schubertstraße, Radwegvorziehung Karl-Loy- und Rainerstraße nach Sanierung der Fernwärmeleitung, wird ebenfalls heuer nicht mehr gebaut und ist ebenfalls im Straßenbauprogramm 2023 enthalten. Das nächste Projekt Radweg Neinergutstraße – Lückenschluss westliche Heimstättenbauten - wird auch nicht gebaut und ist ebenfalls im Straßenbauprogramm 2023 enthalten. Projekt vier Vogelweiderstraße, Lückenschluss Römerstraße bis Billrothstraße, wird heuer nicht gebaut und findet sich ebenfalls im Straßenbauprogramm 2023 wieder. Das Projekt fünf Dragonerstraße nordseitig, zwischen Zeileisstraße und Franz-Fritsch-Straße, wird heuer nicht gebaut. Aber dieses Projekt ist nicht im Straßenbauprogramm 2023 enthalten, sondern aufgrund der Prioritätenliste wird dieser Radweg in den Jahren 2025 bis 2027 gebaut. Projekt sechs Oberfeldstraße, nordseitig zwischen Vogelweiderstraße und Laahener Straße: Nachdem bis jetzt noch keine Bautätigkeiten sind, nehme ich an, dass dieser auch heuer nicht mehr gebaut wird. Denn gibt es noch das Projekt 7 Tannenstraße – Umlegung Radweg – dort habe ich bis jetzt keine Bautätigkeit wahrgenommen. Aber dort wird auch nur der Radweg umgelegt. Projekt Schlosspark Lichtenegg, Radwegrampe – Torbogen: Diese Rampe wird gerade errichtet. D.h. im Jahre 2022 wird kein einziger Meter Radweg neu gebaut. Das wurde uns auch in der Ausschusssitzung am 19.05.2022 so bestätigt.

Sehr geehrte Kollegen der SPÖ Wels! Sie stellen seit Jahren den Mobilitätsreferenten. Wir wollen keine Ankündigungen und Lippenbekenntnisse mehr hören, sondern Taten sehen. Also tun sie etwas für die Welser Radinfrastruktur!

GR. Mag. Teubl: Der zuständige Referent kündigte es ja schon an, die GRÜNE-Fraktion hat im Ausschuss gegen dieses Straßenbauprogramm gestimmt und begründete das auch. Kollege Bruckner führte uns eine sehr ausführliche Darstellung des Desasters im Bereich des Baues von Radfahrwegen und Radfahranlagen zu Gemüte.

In der Tat umfasst dieses Straßenbauprogramm knapp 7 Mio. Euro, davon sind 705.000 Euro für Radfahranlagen veranschlagt. Das sind etwa 10 % und es klingt vielleicht gar nicht

so schlecht, wenn man es nur so auf sich wirken lässt. Aber bei näherer Betrachtung kann man doch feststellen, dass das völlig ungenügend ist. Es gibt eine Prioritätenliste für den Lückenschluss bei Radfahranlagen aus dem Jahr 2019. Diese Prioritätenliste, die immer wieder verschleppt wird von Jahr zu Jahr, umfasst insgesamt 50 Projekte, von denen ganze 10 bisher umgesetzt wurden. Obendrein werden 13 Radfahrprojekte ohnedies auch vom Bund mitfinanziert, sodass also der Anteil der Stadt Wels nicht gerade berauschend ist.

2023 werden nach diesem Programm ganze 860 m Radwege gebaut, und das überwiegend am Stadtrand – Neinergutstraße, Stadlhofstraße, die Anbindung der Traunbrücke nach Schleißheim. Das Einzige, was man als relativ innerstädtisch bezeichnen könnte, ist der Lückenschluss in der Vogelweiderstraße. Das ist auch nicht gerade ein Riesenstück. Was es überhaupt nicht gibt ist eine Verbesserung der Radwege, der sonstigen Radverkehrsanlagen im Stadtzentrum und eine Ambition dahingehend, dass man Haupttradrouten von den Stadtteilen ins Zentrum endlich einmal nicht nur definiert, sondern auch umsetzt, baulich gestaltet. Somit kann man sagen ist dieses Straßenbauprogramm einfach lächerlich was die Fahrradwege betrifft.

Jetzt sollte man bedenken, dass unsere Agenda eigentlich eine oberste Priorität haben müsste, nämlich den Klimaschutz. Man sollte bedenken, dass überdies der Klimaschutz nur dann gelingen kann, wenn es auch im Bereich Verkehr gelingt erfolgreich zu sein. Der Verkehr ist bekanntlich das größte Sorgenkind was den Klimaschutz anlangt. Man sollte bedenken, dass Wels einen sehr niedrigen Radverkehrsanteil von 9 % aufweist. Was wirklich mickrig ist, wenn man bedenkt wie toll die Voraussetzungen für den Radverkehr in Wels sind. Wir haben bekanntlich keine besonders hohen Berge in unserem Stadtgebiet. Es wäre also eigentlich hier ein Radverkehrsanteil von 20 % und mehr ein Leichtes zu erreichen. Und man sollte auch bedenken, dass das Angebot die Nachfrage schafft. Überall dort, wo es gute Radwege gibt, gibt es auch unglaublich hohe Anteile des Radverkehrs. Bundespräsident Van der Bellen zitierte bei der 800 Jahr-Feier, dass z.B. in Kopenhagen die Prioritäten ganz klar sind. Das Wichtigste ist der Fußgängerverkehr – über den reden wir eigentlich überhaupt nie. Das Zweitwichtigste ist der Fahrradverkehr, das Drittwichtigste der Öffentliche Verkehr und dann kommt erst der Individualverkehr. Er sagte auch in Amsterdam sei es anders. Da ist Priorität Nr. 1, 2 und 3 der Radverkehr. Das war sicher etwas launig gemeint, aber tatsächlich sind diese beiden Städte – davon habe ich mich auch schon mehrfach überzeugen können - was den Radverkehr anlangt natürlich führend – ich glaube nicht nur in Europa.

Warum? Weil sie großartige Radwege bauen, weil sie z.T. Radautobahnen bauen und die Priorisierung des Radverkehrs tatsächlich spürbar wird im Straßenverlauf. Wie ist das in Wels? In Wels ist es leider anders. Viele Welser wollen umweltfreundlich unterwegs sein, aber viele Welser haben einfach Angst davor sich auf das Rad zu setzen und haben vor allem Angst davor ihre Kinder mit dem Rad unterwegs sein zu lassen, weil es einfach tatsächlich sehr viele sehr gefährliche Stellen gibt. D.h. was wir brauchen ist eine Großoffensive für den Radverkehr. Wir brauchen einmal ein Projekt, wo man wirklich auf einen Sitz spürt hier wird etwas für die Radfahrenden getan und wo man nicht in dieser Geschwindigkeit dahinschreitet, wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben und wie es Kollege Bruckner erwähnte, dass man jedes Jahr ein paar Meter baut und sagt wir haben eh im Programm schon wieder etwas drinnen, das man dann wieder verschiebt und so eigentlich nie etwas zusammenbringen. Also trauen wir uns endlich! Vielleicht sollten wir uns alle gemeinsam darauf einigen, auch jenseits des vorhandenen Budgets. Schließlich haben wir ja 17,1 Mio. Euro Überschuss, wie der Rechnungsabschluss uns

heute sehr richtig zeigte, die eine oder andere Million für die Verbesserung der Radverkehrsanlagen zusätzlich auszugeben, damit einmal wirklich ein großer Schritt vorwärts passiert.

GR. Kittenbaumer: Wir beschließen heute das Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2023. Unser Mobilitätsstadtrat Stefan Ganzert erwähnte es bereits, durch den frühzeitigen Beschluss erreichen wir eine gewisse Planungssicherheit, die für die Dienststelle Tiefbau enorm wichtig ist. Daraus ergeben sich wichtige Vorteile, speziell bei der Auftragslegung bzw. bei der Auftragsvergabe.

In Zahlen ausgesprochen werden im Jahr 2023 6,9 Mio. Euro investiert. Im budgetären Vergleich zum Straßenbauprogramm 2022 waren es noch ca. 5 Mio. Euro, 2021 3,1 Mio. Euro. Dieses Jahresbudget 2023 spiegelt wirklich das große Engagement und hervorragende Verhandlungsgeschick unsere Mobilitätsstadtrates Stefan Ganzert wider sowie dessen Vorgänger Vzbgm. Mag. Klaus Schinninger. Leider hat auch die Teuerungswelle beim Tiefbau nicht halt gemacht und so können viele geplante Vorhaben nicht durchgeführt werden, wie z.B. die Erweiterung diverser Radwege, Grundankäufe usw.

Es kommen auch sehr viele Ideen und Anregungen seitens der Bevölkerung was neue Radwege, neue Straßenwege usw. betrifft. Das ist gut und wichtig, aber unser Referent kann natürlich nur so weit gehen wie die budgetären Mittel vom Finanzreferent freigegeben wurden.

Ich möchte ganz kurz ins Detail gehen, was Kollege Mag. Teubl zuerst ansprach: Für den Straßenneubau werden rund 3,2 Mio. Euro investiert. Im Detail handelt es sich nicht nur um mehr Radwege, sondern es betrifft sehr wohl auch die Gehwege, die Schulwegsicherung und die Straßen. Für die Straßenerhaltung werden ca. 1,8 Mio. Euro aufgewendet, für den Brückenneubau und die Brückenerhaltung ca. 1,7 Mio. Euro.

Was mich als Pernerer sehr freut ist die geplante Traunbrücke nach Schleißheim, die mit ca. 1,5 Mio. Euro errichtet wird. Das ist eine wesentliche Attraktivierung für die Pernau aber auch für Schleißheim. Abschließend möchte ich von der gesamten SPÖ-Fraktion den Dank an die Dienststelle Tiefbau aussprechen, allen voran Herrn DI Scherrer sowie Herrn Ing. Steinmaßl, aber auch allen Kollegen, die bei jeder Witterung draußen sind und die notwendige Infrastruktur am Laufen halten.

StR. Rammerstorfer: Ich denke, die Situation für Radfahrende hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Insbesondere in der Pandemiezeit hat die Zahl der Radfahrenden zugenommen, wir haben schnellere und größere Räder und einen gewissen boom an den Lastenfahrrädern und damit gewisse neue Verkehrsteilnehmer. Neue Verkehrsteilnehmer sind auch E-Scooter-Fahrer, die sich bevorzugt nicht nur auf Radfahrwegen fortbewegen, sondern auch – das ist natürlich ihr gutes Recht - dort im Idealfall quer parken. Die Anzahl der ordnungsgemäß abgestellten E-Scooter ist immer absolute Minderheit. Das ist noch ein großes ungelöstes Problem.

Ich muss Kollege StR. Ganzert in Schutz nehmen, denn wir haben seit Jahrzehnten eine verkehrte Verkehrspolitik, die in Wels rein auf den Autoverkehr abzielt. Auch die Stadtplanung ist hier in die Kritik miteinzubeziehen und natürlich die dafür verantwortlichen Finanzen. Wenn StR. Ganzert das innerhalb von ein, zwei oder sechs Jahren alles richten

kann, so müsste er schon ein Wunderknabe sein. Das bist du natürlich eh, aber dafür braucht es schon größere Wunder!

Ich gebe Herrn GR. Bruckner und GR. Mag. Teubl natürlich in all diesen Punkten Recht und möchte ergänzen, es wird auf den Radwegen immer enger. Die Autos werden immer größer und stehen zum Teil auf den Mehrzweckstreifen. Hier gibt es von der Verkehrspolizei keinerlei Willen diese widerrechtlich abgestellten Fahrzeuge zu entfernen. Das Halten und Parken auf Mehrzweckstreifen ist verboten - wurde aber noch nie in irgendeiner Form exekutiert.

Wir haben hier ganz viele Probleme, die hinzukommen. Dementsprechend brauchen wir umso mehr eine Offensive. Ich fahre 50 bis 60 Kilometer pro Woche in Wels mit dem Rad und kann ihnen genug zeigen an Absurditäten, die es da zu sehen gibt und könnte mich jeden Tag drei Mal zusammenfahren lassen, wenn ich es darauf anlegen würde von Unfallversicherungsleistungen leben zu wollen. Mache ich natürlich nicht, aber es ist wirklich vieles im Argen.

GR. Weidinger: Ich kann die Wortmeldungen von GR. Bruckner und GR. Mag. Teubl sowie teilweise von StR. Rammerstorfer unterstreichen. Seit 2003 bin ich Gemeinderat und es gab kein Jahr, indem wir nicht über das Straßenbauprogramm des Folgejahres gestritten oder zumindest diskutiert hätten. Uns von der ÖVP-Fraktion fehlt eine Positionierung beim Verkehr. Ich war immer schon Mitglied im Verkehrs- bzw. Mobilitätsausschuss, aber wir schafften es noch nie uns mit diesem Thema zu positionieren. Wir reden immer darüber den öffentlichen Verkehr bzw. Fahrradverkehr zu forcieren.

Wir erstellen Folder, wir sind die Fahrradregion, der Bürgermeister lässt sich mit Helm abbilden, die Stadträte springen auf die Fahrräder und die Gemeinderäte fahren hinten nach und werben für etwas, das wir gar nicht sind. Wir haben für alles zu wenig Geld. Jetzt müssen wir uns entscheiden was wir wirklich wollen. Wollen wir Fahrräder, die Fahrradstraßen, die Radwege forcieren, so müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen. Oder wollen wir noch mehr den öffentlichen Verkehr forcieren, so müssen wir hier Geld investieren.

Was wir machen ist eine reine Gießkanne. Wir haben ein Budget und Stefan, du kannst wirklich nichts dafür. Du würdest sicher mehr tun, hättest du mehr Budget. Wir verteilen ein bisschen Geld und machen dort und da etwas, aber die Positionierung fehlt mir persönlich. Letztes Jahr stimmten wir gegen das Straßenbauprogramm 2022, weil die von dir, Gerhard, erwähnten Vorhaben schon letztes Jahr für heuer geplant gewesen wären und wurden jetzt wieder verschoben. Was soll das! Wir brauchen uns jetzt nicht hinstellen und sagen, ein tolles Budget zu haben und machen alles für jeden. Bei diesem Thema müssen wir uns positionieren. Was wir wollen müssen wir in den nächsten Monaten entscheiden und die Budgetmittel dafür zur Verfügung stellen.

Herr Bürgermeister, ein kleiner Seitenhieb auch an sie: Am 04.04.2022 gab es eine Bürgerfragestunde mit einer Anfrage von Herrn Krenmair betreffend Sanierung der Nöstergutstraße. Sie haben ihm persönlich laut Protokoll versprochen: „Laut Gespräch mit dem Baudirektor und dem Referenten sind wir der Meinung diese Sanierung dieses Jahr durchführen zu können. Wir gehen davon aus, dass die Straße noch in diesem Jahr saniert wird und insofern sollte es dieses Jahr erledigt sein.“ Das wird wahrscheinlich nicht einmal 2023 gemacht.

Wir versprechen immer alles und jeden und jeder schaut sich alles immer an und wir machen das schon. Aber mir fehlt der totale Zugang zu einem großen Ganzen und das brauchen wir unbedingt. Dieses Straßenbauprogramm für 2023 werden wir trotzdem unterstützen. Es ist viel Schatten, aber auch Licht dabei. Mich freut ganz besonders, endlich die Brücke über die Traun anzugehen – eine langjährige Forderung der ÖVP-Fraktion in der Pernaun seit 2013. Es ist schön, dass wir endlich diese Verbindung zwischen Schleißheim und Wels schaffen. Es möchten sehr viele über den Steg fahren. Dazu habe ich schon sehr viele Rückmeldungen erhalten, denn die Schleißheimer ersparen sich den Berg.

In Summe eher ein kleines, mickriges Straßenbauprogramm. Ich gebe hier aber nicht der SPÖ-Fraktion die Schuld, sondern generell uns allen, weil uns einfach der Mut fehlt für eine Positionierung beim Thema Verkehr.

Vzbgm. Mag. Schininger: Herr Bruckner, Herr Mag. Teubl, danke für die durchaus kritischen Wortmeldungen. Ich kann das alles unterstreichen und sie haben beide zu 100 % Recht, die Situation ist gerade betreffend Fahrradwege wirklich ungünstig. Wenn ich durch die Stadt Wels mit dem Fahrrad düse, wäre ich manchmal gerne in Kopenhagen und Amsterdam, aber das Leben ist leider kein Wunschkonzert. Der Herr Bürgermeister ist nicht Dietmar Schönherr, der früher die Sendung „Wünsch dir was“ moderierte.

StR Ganzert, genau wie ich und unser Vorgänger, StR. a.D. Hoflehner, können sich in diesem Bereich leider nur nach der Decke strecken. Das heißt, was will Wels überhaupt bzw. wo wollen wir hin? Wo wollen wir mit dem Autoverkehr hin, wo wollen wir mit dem Radverkehr hin und wie gehen wir mit den Fußgängern um? Bei meinem Amtsantritt im April 2021 habe ich als Verkehrsstadtrat u.a. gelesen, dass sich die Stadt Wels in den 60-er-Jahren „autofit“ machte. Irgendwann dämmerte den damaligen Stadtpolitikern „autofit“ ist nicht alles und vielleicht gibt es ja auch noch Radfahrer und Fußgänger.

Wenn viele dieser Projekte nicht umgesetzt werden - wir müssen auch 2023 damit rechnen, das eine oder andere nicht umsetzen zu können – so liegt es einerseits am Geld, welches der Finanzreferent locker machen muss. Viele unserer Straßen sind mit einem „nicht genügend“ beurteilt. Hier wurden schon Gespräche geführt, um diese in Richtung „befriedigend“ zu bringen. Genauso sind bei den Straßenmarkierungen die Piktogramme auf den Radwegen und Ähnliches in einem schlechten Zustand.

Es liegt aber auch daran, dass wir in manchen Bereichen, wie der Gesundheit, vom Land Oberösterreich abhängig sind. Die Planungen werden uns teilweise zurückgeworfen. Es gibt Einsprüche und das größte Problem dabei sind die Grundankäufe. Die Welser, die noch Grundstücke haben, geben diese Grundstücke - aus welchen Gründen auch immer - sehr ungern her. Egal ob für Parkanlagen oder im Bereich von Straßen, Geh- und Radwegen.

Das ist wahrscheinlich das essenzielle Problem. Ich weiß aus Gesprächen mit verschiedenen Dienststellen die Kollegen beim Magistrat bemühen sich redlich, aber wenn jemand nicht verkauft, dann verkauft er nicht. Wenn wir gemeinsam alle miteinander wissen wo wir hinwollen, so ist das ein erster wichtiger Schritt. StR. Ganzert wird jeden Euro mit Hilfe von uns allen vernünftig investieren.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich fühle mich veranlasst einige Dinge richtigzustellen. Lieber Vzbgm. Mag. Schinninger und GR. Weidiger, StR. Ganzert hat im Jahr 2022 so viel Geld bekommen wie nie zuvor im Straßenbaubudget. 1,5 Mio. Euro mehr als im Jahr davor und im nächsten Jahr erhält er noch einmal 1 Mio. Euro mehr. Tatsache ist, keiner der Referenten der letzten fünf Jahre hat das Geld ausgegeben. 61 % des Geldes wurden vom zur Verfügung gestellten Geld ausgegeben. Das liegt also nicht am Geld. Es wären noch 5 Mio. Euro zur Verfügung gestanden, die noch ausgegeben werden hätten können und die wir nicht ausgegeben haben. Meine Herrschaften es liegt nicht am Geld!

Es liegt schlichtweg daran, dass verschiedene Projekte - aus welchem Grund auch immer - einfach seit vielen Jahren nicht umgesetzt werden. Die Schuldigkeit möchte ich nicht bewerten. Wird die Nöstergutstraße herangezogen, so habe ich keine Ahnung warum diese nicht umgesetzt wurde. Ich kann nur die Auskunft weitergeben, die mir der Herr Baudirektor damals gab. Es wird schon einen plausiblen Grund geben. Tatsache ist, wir kommen mit dem vorhandenen Geld gar nicht dazu, dieses sinnvoll zu investieren.

Wollen wir mit dem Radverkehr weiterkommen und nicht alles ständig verschieben, so brauchen wir ein eigenes Radwegekonzept. Auch dafür haben wir übrigens das Geld. Im Budget ist für jedes Jahr ein Mobilitätskonzept mit 150.000 Euro vorgesehen. Zusätzlich für weitere Konzepte 20.000 Euro. Es liegt also nicht daran kein Geld für Konzepte zu haben. Nein, wir haben dieses Geld!

Ich hörte bisher noch nichts von einer Besprechung in der wir darüber diskutieren was wir jetzt eigentlich damit machen. Klaus, du hast völlig Recht, viele Radwege sind wegen der fehlenden Grundeinlöse nicht machbar. Habe ich solch ein Radwegekonzept und der Radweg 1, 2, 3 geht wegen der Grundeinlöse nicht, dann muss der Radweg 5, 6, 7 vorgezogen werden. Natürlich geht das!

Zwischenruf Vzbgm. Mag. Schinninger: Machen sie eh!

Bgm. Dr. Rabl: Nein, ich verstehe nicht, warum das nicht gemacht wird. Tatsache ist das Geld bleibt uns übrig. Das kann im heute beschlossenen Rechnungsabschluss jeder nachlesen. Für mich stellt sich die Frage, warum dieses Geld nicht ausgegeben wird? Warum gibt es kein Radwegekonzept in Wels? Warum gibt es kein eigenes Radwegebauprogramm genauso wie es ein Straßenbauprogramm gibt? All das wäre kein Problem und wir können das hier beschließen.

Stefan, als Motivation oder Anregung, mach so etwas! Schiebe es nicht immer auf den Finanzreferenten und auf das Geld. Denn am Geld und am Finanzreferenten liegt es nicht. Es ist die Zuständigkeit des Mobilitätsreferenten. Dieser hat das Geld zur Erstellung von Konzepten und soll einfach beginnen diese Konzepte auch vorzulegen, um sie hier im Gemeinderat zu diskutieren und abzuarbeiten. Sollte so wie letztes Jahr, wo wir im Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, etwas fehlen, z.B. 1 Mio. Euro, weil es gerade das Klimafit-Programm u.ä. der Bundesregierung gibt, bei dem wir 25 % dazu bezahlt bekommen, so gibt es dann das Geld noch obendrauf bzw. hat es gegeben.

Noch einmal, Herr Mag. Teubl, das Geld ist es nicht! Wir haben dafür genug Geld, nur wird es nicht ausgegeben, weil man nicht weiß, wie man es sinnvoll ausgeben soll. Deswegen möchte ich gerne ein Radwegebauprogramm, welches ein Radwegekonzept voraussetzt. Mir fehlt ein Konzept und auf Basis dieses Konzeptes kann mit dem Bau begonnen werden.

Es gibt natürlich noch einige Lückenschlüsse. Diese werden immer vorhanden sein, diese müssen vorgezogen werden. Natürlich gibt es einige Projekte, bei denen uns der Grunderwerb fehlt. Hier muss weiter hart verhandelt werden, aber es kann nicht sein, Projekte so lange zu verschieben bis diese aus der Förderung herausfallen.

Ich telefonierte heute wegen der Schubertstraße und hörte, dass wir das nicht machen können, weil die eww ag die Fernwärmeleitungen saniert. 400.000 Euro sind dafür im Budget vorgesehen und wird jetzt verschoben. Dafür bekommen wir vom Bund 25 % Förderung (100.000 Euro). Verzichten wir jetzt auf unsere 100.000 Euro deswegen damit die eww ag es jetzt machen kann? Machen wir es zwei Jahre später, zahlen wir 100.000 Euro mehr. Kommt nicht in Frage! Hat irgendwer schon deswegen angerufen bei der eww ag? Nein! Ich machte es heute!

Irgendetwas läuft hier schief. Es kann doch nicht sein, dass diese geförderten Projekte nicht mit Nachdruck betrieben werden. Das ist Aufgabe des Referenten, das ist Aufgabe der Beamtenschaft und das erwarte ich mir einfach. Also, ich brauche ein Mobilitätskonzept und ein Radwegekonzept. Dann können wir die entsprechenden Maßnahmen baulich beschließen und finanziell bedecken. Es liegt nicht am Geld. Es macht jetzt schon wieder die Runde es liegt am Finanzreferenten, weil der kein Geld zur Verfügung stellt. So viel Geld wie jetzt hatten wir noch nie für alle möglichen Bereiche. Bitte geben wir das Geld sinnvoll aus und dafür muss die Konzepterstellung zuerst vorgenommen werden.

GR. Scheinecker, BA: Ich war ja selbst einige Zeit im Verkehrsressort der Stadt Wels beim ehemaligen StR. Hoflehner tätig. Jetzt kann ich – ohne ins Detail zu gehen – über andere Sachen reden. Natürlich gibt es Konzepte für ganz viele Sachen. Überlegen wir was verkehrspolitisch in der Vergangenheit gemacht und gedacht wurde, gab es sehr viele Kreuzungen mit Trade Office. In dem Moment, wo wir aber dann darüber reden eine Fahrspur für Autos wegzugeben, waren diese Pläne auch schon verschwunden.

Dann hätten wir als Politiker ganz harte Entscheidungen treffen müssen, wie z.B. es können weniger Autos fahren. Das ist die Realität, die jedes Budget hat. Viele Beamten, die meistens sogar selbst mit dem Rad fahren, kennen die Situation und sind sehr motiviert. Aber das 1.000-ste Konzept landet wieder in einer Schublade, weil wir einfach Entscheidungen nicht treffen bzw. gar nicht in den Ausschuss wegen der unangenehmen Gespräche gelangen. Ins Detail kann aus Gründen der Amtsverschwiegenheit nicht gegangen werden.

Die Mitarbeiter des Hauses sind mit dem Überarbeiten von Mobilitätskonzepten sehr beschäftigt. Etwas, das wir schon seit längerem fordern. Es ist schön das im Budget zu haben, aber die Mitarbeiter sind schon stark ausgelastet mit sehr vielen Altlasten. Das wird sich auch im letzten Jahr, seit ich nicht mehr dort tätig bin, nicht geändert haben. Es sind sehr viele Bausteine, die uns verkehrspolitisch etwas schlecht stellen. Auch die Personalsituation in der Dienststelle Stadtentwicklung trägt dazu bei. Diese kleinen Puzzleteile tragen dazu bei verkehrs- und mobilitätspolitisch nicht wirklich weiterzukommen.

Ich gebe allen Recht, die auf den mangelnden Fortschritt im Radverkehr hingewiesen haben. Voriges Jahr sprachen wir noch im Gemeinderat vom größten Jahr für den Radverkehr in ganz Wels. Niemand war sich zu schade sich hinzustellen und zu sagen wir sind die Fahrradstadt, wir investieren so viel und es geht so viel weiter. Jetzt sagt dieselbe

Fraktion hier im Gemeinderat, der einzig Schuldige daran ist der Verkehrsreferent. Bei diesen Geschichten müssen wir uns alle selbst überlegen, ob wir den Mut haben - gerade wenn es um den viel diskutierten Bereich des Verkehrs geht - das durchzustehen gegenüber der Bevölkerung. Die Mehrheiten finden sich dann meistens nicht und die großen Projekte, die Änderungen, die gemacht werden könnten, scheitern dann, weil manche Wähler vergrault werden könnten.

Es geht hier um ganz, ganz große Diskussionen, die wir gemeinsam angehen sollten. Dafür braucht es aber einen gemeinsamen Beschluss, den wir dann auch durchhalten müssen.

GR. Mag. Teubl: Ich bin jetzt seit 13 Jahren Mitglied des Gemeinderates und des Verkehrsausschusses bzw. des Mobilitätsausschusses. In dieser Zeit - egal ob unter Verkehrsstadtrat Kroiß, Hoflehner oder Schinninger - herrschte in der Materie Verkehrsplanung einfach Tiefschlaf. Es gibt eine Radfahrbeauftragte, die immer Prioritätenlisten erstellen und aktualisieren darf. Das interessiert aber kaum jemanden, weil es dann eh immer anders kommt.

In Wirklichkeit haben wir immer ganz andere Ergebnisse als jene, die uns am Jahresbeginn prognostiziert werden. Woran liegt das? Liegt es wirklich an den schwierigen Grundstückseinlösungen oder daran, dass das Geld nicht verfügbar ist? Gibt es zu wenig Personal in der Verkehrsplanung? Will man hier etwas weiterbringen, so müsste man einmal fremd vergeben. Liegt es daran, dass das immer verwoben ist mit dem Straßenbau oder mit Projekten des E-Werks oder sonst einer Institution? Dann gehört es besser koordiniert! Es muss hier wirklich versucht werden etwas auf die Füße zu stellen.

Es freut mich von allen Seiten zu vernehmen etwas unternehmen zu wollen, um den Radverkehr voranzubringen. Ich hörte es von Seiten der FPÖ-, der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion. Über uns brauchen wir hier sowieso nicht zu reden. Die Frage ist, wie wir dorthin kommen, damit wir tatsächlich etwas tun. Es ist richtig ein Gesamtverkehrskonzept zu brauchen. Aber dieses wird ständig verschoben. Laut letzter Auskunft können wir im Herbst vielleicht darüber reden eine Ausschreibung zur Erstellung dieses Konzeptes zu machen. Die letzten Jahre sprachen wir schon über ein solch kommendes Verkehrskonzept. Dieses ständige Aufschieben ist eigentlich das Problem und deshalb wird auch das Geld nicht ausgegeben.

Allerdings verblüffte mich, dass mehr als die Hälfte des Geldes nicht ausgegeben wird. Daher wundert es mich nicht, dass nichts passiert. Hier müssten wir die Parteigrenzen vergessen, uns in diesen Sachfragen zusammensetzen und versuchen etwas weiterzubringen. Und wenn das Ziel sein könnte von 9 % Fahrradverkehrsanteil auf 20 % zu kommen in den nächsten paar Jahren, dann brauchen wir auf kein Gesamtverkehrskonzept warten. Radrouten können auch jetzt schon geplant und in Angriff genommen werden. Wenn die Finanzierung mit den im Budget vorgesehenen Mitteln nicht ausreichend gewährleistet ist, so müssen wir einen Finanzierungsbeschluss fassen. Wir beschließen laufend Dinge, die im Budget nicht vorgesehen sind. Warum nicht in dieser Angelegenheit?

Ich hoffe hier auf Kooperation der Fraktionen und darauf mich freuen zu können endlich bei den Radwegen etwas weiterzubringen.

GR. Hufnagl, MBA: Wir hatten letztes Jahr eine Wahl und dabei gab es diverse Umfragen, z.B. von der Radverkehrslobby zum Thema Radverkehr in Wels. Ich habe mir die

Antworten der einzelnen Fraktionen herausgesucht und es herrschte damals schon sehr große Übereinstimmung. Die Fragen betrafen ein eigenes Budget für den Fahrradverkehr, Lückenanalyse, Verbindung der Radfahrwege auch mit den Nachbargemeinden etc. Fast alle Parteien nahmen an den Umfragen teil und lustigerweise gab es damals schon sehr viele Übereinstimmungen.

Ich sah auch die verschiedensten Parteiprogramme oder Statements durch und fand dort viele Ideen und Vorschläge von allen Fraktionen für Verbesserungen. Damals war man schon dafür etwas zu tun bzw. mehr zu tun. Vielleicht war es dem Wahlkampf geschuldet. Heute nehme ich positiv zur Kenntnis, es ist nicht nur der Wahlkampf, sondern wir wollen in den ersten Jahren einer neuen Legislaturperiode als gemeinsames Ziel den Fahrradverkehr in Wels verbessern. Ich wünsche mir eine Arbeitsgruppe, um gemeinsam zu schauen was zu tun ist, damit unsere Stadt fahrradfreundlicher wird.

GR. KR. Schönberger: Auch ich bin seit 2003 im Gemeinderat und das Straßenbauprogramm war in erster Linie nur eine Fortschreibung der Notwendigkeiten über die letzten Jahrzehnte. Es staut sich immer vieles auf und ich glaube sowohl die Referenten als auch die Beamtenschaft versuchen das Notwendigste einfach umzusetzen. Durch Corona konnte viele Dinge wegen des Fehlens von Arbeitskräften nicht ausgeschrieben bzw. abgearbeitet oder umgesetzt werden. Das ist ein Phänomen, welches Corona hervorbrachte.

Nichtsdestotrotz fehlt im Wesentlichen die Vision dahinter was überhaupt mit Wels passieren soll. Für mich wäre eine Vision den Verkehr so sicher zu machen, dass alle Verkehrsteilnehmer wissen wie sie sich zu verhalten haben. Wir bekamen gerade neue Regeln für das Überholen eines Radfahrers mit dem Auto. Wie sieht das in der Plobergerstraße aus, wenn mir ein Radfahrer entgegenkommt? Muss ich das Auto jetzt hochklappen, um die zwei Meter einzuhalten? Es gibt hier immer ständig neue Herausforderungen, denen man sich stellen muss.

Die Häuser in der Innenstadt können nicht nach Belieben abgerissen werden, um hier einen Radweg daraus zu machen. Außer es wird durch das Vorhaus durchgefahren. Ich möchte das nicht ins Lächerliche ziehen, aber möchte man den Radverkehr sicher und attraktiv machen, so sollten vielleicht einmal die im Straßenbauprogramm vorgesehenen und noch abgehenden Markierungsmaßnahmen nachgeholt werden. Viele, die die Radwege mitbenutzen kapieren es nicht, wenn der Radweg zu Ende ist und fahren einfach auf dem Gehsteig weiter. In der Oberfeldstraße ist so ein nachvollziehbares Exemplar. Diese Unsicherheiten gehören einfach beseitigt.

Deshalb schauen wir einmal mit den Markierungen auf den IST-Stand zu kommen. Vielleicht können wir dabei alle überflüssigen Verkehrstafeln aus dem Wirrwarr entfernen, damit das Ganze transparenter wird. Jeder Verkehrsteilnehmer soll klarer erkennen können, wie er sich zu verhalten hat. Geraden mit den Radfahrenden ist es für die Autofahrer sehr, sehr schwierig. Weil alle, die beruflich mit dem Auto unterwegs sind, zucken beim Anblick eines Radfahrers zusammen, weil sie nicht wissen was er im nächsten Moment macht. In der Schubertstraße besteht eine Harakiri-Situation bei der Unterführung. Als Autofahrer kannst du hier nur ganz vorsichtig fahren, damit dir kein Radfahrer ins Auto fährt, nicht dass du einen Radfahrer niederfährst. Hier hat der

Mobilitätsreferent in Zukunft Aufklärungsarbeit in den Schulen zu leisten. Das gehört für mich auch zu einem Konzept dazu.

Wie viele bauliche Visionen waren in den letzten Straßenbauprogrammen? Okay, jetzt haben wir die Brücke Richtung Schleißheim. Hier geht es um Öffnung, aber ansonsten asphaltieren und markieren wir halt einfach und machen das Notwendige. In Wirklichkeit haben der Verkehrs- und der Baureferent relativ wenig miteinander kommuniziert und so ist sehr viel an vorhanden Möglichkeiten verbaut worden.

Den Kreisverkehr Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße war jahrelang auf dem Programm und ist dieses jetzt plötzlich verschwunden. Kein Mensch weiß warum, es gibt einfach Projekte, die sich in Luft aufgelöst haben und aus beschlossenen Straßenbauprogrammen verschwunden sind, ohne dass der Gemeinderat darüber informiert wurde. Warum würde mich als Gemeinderat brennend interessieren.

GR. Schiefermayr: Ich finde es toll, dass wir in der letzten dreiviertel Stunde so eine Einigung gefunden haben und so auf das Radfahren stehen. Zu den eben besprochenen Aufschiebungen von Projekten würden wir uns eine Aufstellung wünschen, um diese öffentlich machen zu können. Auch das Thema Roseggerstraße liegt uns am Herzen, denn mittlerweile ist der dritte Verkehrsreferent damit beschäftigt und es sieht etwas nach einer „Neverending-Story“ aus. Aber ich weiß, beim Verkehr kann man es – ganz egal in welcher Form auch immer - nicht allen Recht machen. Aber ein gewisses Zaudern und Zögern ist hier schon feststellbar. Vielleicht können wir hier im nächsten Ausschuss einen Fixpunkt darüber machen.

StR. Ganzert: Geschätzte Kollegen! Man merkt scheinbar, um das eigentliche Straßenbauprogramm, das was wir jetzt beschließen, ist es jetzt in weiten Zügen nicht gegangen. Der Vorsitzende war wieder sehr lax in seiner Vorsitzführung, wenn er manch andere oft zur Sache ermahnt.

Mir ist natürlich klar, beim Thema Mobilität hat jeder eine Meinung dazu, weil jeder Teil der Mobilität in unserer Stadt ist, ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder dem öffentlichen Verkehr. Das war jetzt eine Art Mobilitätsstunde hier im Gemeinderat, die ich durchwegs sehr positiv mitnehme. Von allen Fraktionen wurde der Schulterchluss für den Fahrradverkehr betont.

Am Rande einer Vernissage habe ich mit StR. Dr. Oberndorfer gescherzt und gesagt, es wäre doch ein Rotationsprinzip im Stadtsenat ganz nett, denn so sieht jeder das Ressort des anderen und deren Aufgaben und wie das so funktioniert. Ich werde jetzt nicht mein Herz im Gemeinderat ausschütten und meinen Alltag beschreiben, nämlich die von Herrn Bürgermeister angeführten Dinge, wo man darum kämpft die Geldmittel auszugeben, zu Ergebnissen zu kommen, z.B. beim Mobilitätskonzept. Ich habe bei unseren regelmäßigen Besprechungen rückgemeldet, dass die Dienststellen sehr stark unter persönlichen Engpässen leiden. Es fehlen Ressourcen und Planungen können nicht mehr im Haus erledigt werden. Es ist alles sehr vielschichtig, aber das ist das Ziel des Mobilitätskonzeptes.

Es ist ein wirklicher Meilenstein, wenn wir es schaffen, dass wir uns als Gemeinderat verpflichten die Verkehrsarten entsprechend prozentuell festzulegen. 9 % Anteil z. B. jetzt und wenn sich der Gemeinderat endlich dazu durchringen würde, wie in vielen anderen

Städten auch, 25 % Fahrradverkehrsanteil und so viel % am öffentlichen Verkehr. Ich bin dabei im Austausch mit den Städten Graz und Klagenfurt und dort sind sie schon einen Schritt weiter. Ein sogenannter „Sustainable Urban Mobility-Plan“ ist auch mein Ziel für Wels. Die Dienststelle arbeitet an der Ausschreibung für dieses Mobilitätskonzeptes. Das soll unser Ziel sein.

Wir sollen uns gemeinsam einigen können auf einen Rahmen; wir sollen unsere Schwerpunkte und Defizite kennen und wissen wo wir hinwollen. Das soll das Handbuch für die Politik sein, damit sie weiß wie sie entscheidet. Aber vor allem für die Beamtenschaft, damit sie Baumaßnahmen nach diesem Konzept ableiten und sich dort entsprechend wiederfinden kann. All die heute angesprochenen Dinge sind in ihrer Tiefe viel zu komplex. Wir haben bereits angekündigt Bauprojekt um Bauprojekt durchzugehen, genauso wie wir das Thema Roseggerstraße für den kommenden Mobilitätsausschuss angekündigt haben.

Das eine ist zu sagen, wir sind für die Erhöhung und die Attraktivierung des Fahrradanteils, aber dabei geht es nicht immer nur um die baulichen Maßnahmen, wie die Setzung einer Fahrradspur, sondern es geschieht oft auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer. Dort wird es dann auf einmal unbequem. Natürlich können wir zweispurige Straßen zu einer Einbahn umfunktionieren und eine Straßenspur den Fahrradfahrern entsprechend widmen. Es gibt hier einige Stellen, die sich anbieten. Wird dann über die Reduzierung der Autos in der Innenstadt diskutiert, so müssten hier viele Schritte gesetzt werden. Das geht nur gemeinschaftlich.

Ich hoffe auf das kommende Mobilitätskonzept, bin genauso nicht erfreut darüber hier noch nicht weiter zu sein. Das liegt wie gesagt nicht zuletzt auch an den entsprechenden Dienststellen Bau-, Gewerbe- und Verkehrsangelegenheiten, Stadtentwicklung und Tiefbau. Sieht man sich an, wie es sich in der Führungsebene verhält, wo und wann die besetzt sind, wer dort welche Zuständigkeit hat und wie das dort läuft, dann ist das kein idealer Zustand mehr, sondern ein sehr schwieriger. Hier appelliere ich an den Personalreferenten in diesem Sinne entsprechend das zu erkennen und Lösungen herbeizuführen.

Wird hier von 61 % ausgegebenem Geld gesprochen, werden Zahlen hineingeworfen und will irgendwie etwas Großes aufzeigen: Ich kann mich an eine Sitzung in den Minoriten mit dir, lieber Herr Bürgermeister erinnern, bei der ein Bürger bat, ob wir nicht etwas machen können. Dabei gibt es laut Unterlagen einen Verursacher, der mitzahlen muss etc. Wir sagten beide, dass es sich wahrscheinlich dieses Jahr noch ausgehen wird und wir machen das. Wir sprachen beim Hinausgehen noch darüber und du sagtest, dass das Geld nicht abgehoben wird. Worauf ich dir sagte darauf zu hoffen, dass es uns gelingt jeden Cent abzuholen. Nur so einfach können wir es uns auch nicht machen, weil dort sind viele Millionen Euro für entsprechende Raumordnungsverträge enthalten. Das sind reservierte Geldmittel.

Wir lassen nicht einfach 40 % so liegen und sagen, es störe uns überhaupt nicht, denn dann könnten wir das Budget ja gleich zusammenstreichen. Wir machen das nicht, um den Bürgermeister präsentieren lassen zu können wie groß der Überschuss ist und er sich dann dafür feiern lassen kann, sondern wir müssen hier entsprechend reservieren und haushalten. Das macht in diesem Sinne die Dienststelle Tiefbau.

Für die wenigen Stimmen, die sich um das ursprüngliche Thema Straßenbauprogramm gekümmert haben, freue ich mich sehr und hoffe es jetzt auch in der Abstimmung zu sehen. Ich nehme diesen vernommenen gemeinsamen Appell von allen Fraktionen zur Kenntnis und freue mich sehr, denn Wels ist aufgrund seiner Topographie nahezu prädestiniert mit dem Fahrrad zu fahren. Nur gut 10 % in unserer Stadt machen das und es freut mich, wenn es hier den gemeinsamen Willen für mehr Maßnahmen gibt und diese auch gedeckt sind.

Der Verkehr ist oft nicht hochpolitisch. Es kann nicht gesagt werden, das liegt an einem roten, einem schwarzen oder blauen Referenten, denn wir müssen uns sehr stark an gesetzliche Grundlagen halten und die Beamten sind hier streng an viele Details gebunden. Es kann nicht durch die Stadt gegangen werden und hier eine 30-er-Zone, eine breitere oder engere Straße, oder etwas so oder so machen zu wollen. Hier ist es oft ein Kampf gegen Windmühlen, was in manchen Fällen ganz gut ist. Dafür ist die Beamtenschaft da. In manch anderen Fällen wird sich das hoffentlich noch durch unser gemeinsames Tun verbessern. In diesem Sinne hoffe ich nun auf breite Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt. 15 der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Thomas Rammerstorfer

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die  
Tarifordnung für den Tiergarten Wels neu beschlossen wird  
(Tiergarten-Tarifordnung 2022)  
SD-TG-18-2021

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 20.06.2022, der Gemeinderat möge beiliegende Tiergarten-Tarifordnung 2022 beschließen.

GR. Hufnagl, MBA: Ich habe nur eine Anregung, die ich im Gemeinderat schon einmal eingebracht habe betreffend den Eingangsbereich. Wird beim Tiergarten vorbeigefahren, so ist diese Tür in der Maria-Theresia-Straße nicht gut sichtbar und zu wenig repräsentativ. Ich würde mir wünschen diesen Eingangsbereich besser zu gestalten, damit dieser sichtbarer wird.

Dann könnten dort Sponsoringtafeln aufgehängt werden und dadurch wären die Sponsoren besser sichtbar mit einer höheren Werbewirksamkeit. Außerdem würde es die Unternehmer eher motivieren hier ein Sponsoring durchzuführen.

GR. Huber, MPA: Als ehemalige Referentin für diesen Bereich bin ich stolz auf den Tiergarten, auf dieses „Filetstück der Stadt Wels“, wie der Herr Bürgermeister ihn bezeichnet. Natürlich werden wir dieser Umsetzung der Tarifordnung zustimmen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der ehemaligen Obfrau Gabriele Göttlinger des Vereines der Freunde des Tierheimes Wels bedanken, die mit ihrem Team sehr viel umsetzte. Jetzt ist ja die Tierschutzsprecherin Frau Silvia Teubl-Neumüller die neue Obfrau. Ich hoffe nun tut sich auch wieder – so wie damals – einiges bei diesem Verein.

In Erinnerung möchte ich das Krallenaffenhaus rufen. Das war im April 2021 für die Tierschutzsprecherin Silvia Teubl-Neumüller ein Schandfleck im Tiergarten. Jetzt ist es sehr still darum geworden und daher mein Appell hier wieder aktiv zu werden, damit die Krallenaffen und die Luchse eine nettes Platzerl bekommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, ich möchte richtigstellen, dass es sich hierbei um den Verein Tiergarten und nicht Tierheim handelt.

GR. Huber, MPA: Oh, habe ich Tierheim gesagt? Entschuldigung, danke für die Korrektur!

StR. Rammerstorfer: Danke für die Anregungen! Der Tiergarten ist eine permanente Baustelle und es gibt immer wieder baufällige Gehege, Einiges zu erneuern und Vieles aus dem Masterplan umzusetzen. Gerade wird die Schwarzstorchanlage neu gebaut, beim Guereza-Außengehege warten wir leider noch immer auf die entsprechenden Gitter. Ende Juni hätte das eigentlich fertig werden sollen.

Markus, beim Eingang in der Maria-Theresia-Straße wird es Diskussionen geben um die Eingänge auch in Bezug einer möglichen guten Anbindung an den entstehenden Volksgarten. Hier gibt es durchaus Überlegungen, denen ich jetzt nicht vorgehen möchte und kann. Der Verein der Freunde des Welser Tiergartens hat die wesentliche Funktion in der Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel durch z.B. Tierpatenschaften, durch die Betreuung der Futterautomaten. Es hat in diesem Verein in den letzten Monaten eine gewisse Unruhe und auch Unzufriedenheit von mir gegeben. Momentan schaut es wieder sehr gut aus, der Verein startet sehr gut durch und eine erste Homepage des Vereins wird vielleicht heute noch online gehen. Es gibt seit heute neue Mitgliedsformulare, es passiert derzeit sehr viel und wir werden davon in den nächsten Wochen und Monaten einiges hören. Dem möchte ich aber nicht vorgehen, weil ich darüber nicht ganz informiert bin. Vielen Dank!

Bgm. Dr. Rabl: Eine Anmerkung am Rande, denn es gibt einen Konsens, dass wir keine Werbetafeln entlang von Straßen machen. Im Tierpark kein Problem, aber entlang der Maria-Theresia-Straße Werbetafeln am Zaun anzubringen halte ich für keine gute Idee und werden wir nicht zusätzlich genehmigen.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tierheim-Tarifordnung 2018 abgeändert wird (1. Novelle zur Tierheim-Tarifordnung 2018)  
SD-TH-18-2022

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 20.06.2022, der Gemeinderat möge beiliegende Tierheim-Tarifordnung 2018 beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz; Maßnahmen- und Finanzplan 2022  
SD-Awi-527-2022

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 20.06.2022:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2022 wird in einem Rahmen von € 83.700,- und mit den daher einhergehenden monatlichen Akontozahlungen von € 6.975,- (alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt) beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Verbilligung der Monatskarte der Linie Wels  
Verf-015-I-11-2022

GR. Mag. Teubl: Dieser Antrag der GRÜNEN zielt auf eine Verbilligung der Monatskarte der Linie Wels ab. Ich kaufte mir am 25. Oktober letzten Jahres ein Klimaticket und bin seither umweltfreundlich und kostengünstig in ganz Österreich unterwegs. Ich weiß, dass das nicht für alle Welser eine Option ist, denn wer sich hauptsächlich in der Stadt bewegt, für den ist eine solche Ausgabe nicht gerade lukrativ.

Wir haben bei der Wels Linie eine Tarifstruktur, die von vornherein nicht ganz in Ordnung ist. Die Einführung des Umwelttickets für die Welser geht auf eine Initiative der GRÜNEN zurück. Die Monatskarte kostet € 275,--. Im Vergleich dazu ist die Wochenkarte aber relativ teuer und es herrscht hier eine Schieflage. € 51,30 für eine Woche zu bezahlen ist nicht gerade wenig. Außerdem können oder wollen viele die Monatskarte nicht in Anspruch nehmen, weil sie nicht ständig mit dem Bus unterwegs sind. Es gibt viele Leute, die nur im Winter mit dem Bus fahren oder in einem kürzeren Zeitraum Nutzer des öffentlichen Verkehrs sind, weil sie ein Praktikum absolvieren, einen Kurs besuchen etc. Für diese Menschen ist die Monatskarte. Für Nicht-Welser kostet sie € 365,-- und ist doch relativ teuer. Woanders kann ein ganzes Bundesland damit befahren werden. Die Stadt Wien verlangt nicht mehr dafür.

Deshalb sind wir dafür hier einen Tarif einzuführen, der deutlich unter dem derzeitigen liegt, zumal auch die jetzige Teuerung negativ das Haushaltsbudget belastet und wir nicht wollen, dass die Nutzung des öffentlichen Verkehrs dem Sparstift zum Opfer fällt. Deshalb ersuche ich sie den vorliegenden Antrag zu beschließen: „Der Preis der Monatskarte für die Linie Wels wird von derzeit € 51,30 auf € 26,-- gesenkt.“ Das soll in Zeiten wie diesen öffentlichen Verkehr auch ermöglichen.

GR. Aspetzberger: Herr Mag. Teubl, wir geben ihnen natürlich vollumfänglich Recht, der Zugang zur Mobilität soll immer günstig sein. Sie haben auch Recht, dass man das wegen den derzeitigen Kostensteigerungen - die uns alle treffen - prüfen sollte.

Wir glauben es gibt doch noch einige Fragen zu klären bevor wir entscheiden, ob eine Kostenreduktion von knapp 50 % der richtige Weg ist oder nicht. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Aspetzberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 23) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen	<u>2 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion ohne Mag. Teubl)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Mag. Teubl)

angenommen.

GR. Huber, MPA und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Erhöhung der Schulbeginnunterstützung für das Schuljahr 2022/2023  
Verf-015-I-12-2022

GR. Faber: Wie Kollege StR. Rammerstorfer vorher schon berichtete, sind wir dafür die Schulbeginnunterstützung auf € 156,- zu erhöhen, allerdings nur für Kinder mit Hauptwohnsitz in Wels. Als Begründung führen wir natürlich die massiven Verteuerungen an. Darüber wurde aber heute schon ausführlich gesprochen. Nach den bisherigen Anträgen sind wir uns alle einig, dass es von Seiten der Kommunalpolitik einfach Hilfe bedarf. Wir müssen hier Verantwortung tragen, um die Familien zu entlasten.

Im letzten Jahr wurden knapp 90 Anträge gestellt, d.h. es geht um eine Summe von ca. € 6.700,-. Würde es verdoppelt werden, so kommen für die Stadt keine horrenden Ausgaben hinzu. Außerdem möchte ich in die Diskussion die Möglichkeit einwerfen einen Teil dieser Schulbeginnunterstützung in Form eines Guthabens auf der Wels Card zu übermitteln, damit die Antragsteller an die Welser Betriebe gebunden werden und das eigene Produkt beworben wird.

Ich halte das für einen guten Vorschlag und bitte sie sich nochmal Gedanken darüber zu machen. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat möge die Erhöhung der Schulbeginnunterstützung für das Schuljahr 2022/23 für Kinder mit Hauptwohnsitz in Wels in Höhe von € 156,- beschließen.

GR. Wippl, BA BA: Der Schulbeginn stellt die Familien gerade in der aktuellen Situation vor große Belastungen. Daher wurde im Tagesordnungspunkt 13. bereits eine Erhöhung der Schulbeginnunterstützung auf € 100,- mehrheitlich beschlossen. Eine weitere geforderte Aufstockung auf € 156,- lässt vielseitige Gestaltungsmöglichkeiten offen. Ein Beispiel wäre die Sprachförderung von Erstklässlern in Form von Gutscheinen für Deutschkurse, Sachspenden oder andere diverse Möglichkeit.

Eine zusätzliche Erhöhung für das Schuljahr 2022/23 sollte aufgrund der neuen Ausgangssituation sowie budgetärer Gesichtspunkte dem zuständigen Ausschuss zur Erörterung übertragen werden. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Zwischenruf GR. Mag. Teubl: Geht sich locker aus bis Schulbeginn!

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wippl, BA BA auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 24) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, ich ersuche sie Gesten, womit andere Gemeinderäte in irgendeiner Weise herabgewürdigt werden, noch dazu bei Frauen, zu unterlassen. Das könnte man durchaus negativ ihnen gegenüber auslegen.

Danke sehr! Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Umstellung der Schulbeginnunterstützung  
von einer finanziellen Unterstützung auf eine Sachleistung  
Verf-015-I-13-2022

GR. Wiesinger: Ich möchte kurz anmerken, dass es laut der heutigen Diskussion besser wäre nicht darüber zu reden wie es nicht geht, sondern zu überlegen wie es vielleicht funktionieren kann. Schafft es die Stadt Marchtrenk, so schafft es Wels schon allemal. In diesem Sinne bitte um Zustimmung.

Vzbgm. Kroiß: Dieses Thema gab es schon vor Jahren. Hier wollten wir das Geld gleich an die Direktoren in den Schulen überweisen. Diese sollten dann mit dem Geld den Kauf der Erstausrüstung durchführen. Letztendlich wurde aus mehreren Gründen dieses Modell nicht umgesetzt. Es gibt durchaus Probleme beim Thema der Erstausrüstung, weil es dazu ganz unterschiedliche Ansätze gibt. Außerdem können Steinhaus und Marchtrenk mit der Größe von Wels nicht verglichen werden.

Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein das Ganze bis zu Schulbeginn umzusetzen. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erstellung eines Lärmschutzkonzeptes für den Bereich  
Wels-Nord und Wimpassing  
Verf-015-I-14-2022

GR. KR. Schönberger: Bei diesem Antrag geht es darum dem Verkehrslärm speziell in Wels-Nord wirklich entgegenzutreten. Die Situation des Autobahnverkehrs und auch der Verkehr auf den Landesstraßen ist prekär. Der Verkehr auf der Oberfeldstraße und Vogelweiderstraße nimmt immer mehr zu. Der Ziel- und Quellverkehr wird dementsprechend bei den geplanten Projekten in der Oberfeldstraße größer werden. Wir lassen uns überhaupt nichts einfallen, wie wir die Menschen für ein qualitativvolles Wohnen unterstützen können.

Letzte Woche gab es eine Bürgerversammlung der verschiedensten Bürgerinitiativen, die in den letzten Jahren versuchen dem Thema Lärm zu begegnen und von der Politik Unterstützung zu bekommen. Es ist schade, dass der Herr Bürgermeister und seine Stadtsenatskollegen der FPÖ-Fraktion nicht Zeit gefunden haben dieser Diskussion beizuwohnen. Dort wurde sehr deutlich gesagt, dass wir durch Entkoppelung von der Parteipolitik eine Verbesserung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln herbeiführen wollen.

Um etwas vorwärts zu bringen, braucht es ein Konzept. Der Herr Bürgermeister sprach das vorhin zwei Mal an. Wir brauchen ein Mobilitätskonzept, ein Verkehrskonzept und ein Lärmschutzkonzept, um den Lärmschutz ordentlich aufzustellen und uns Gedanken darüber zu machen, welche Hilfe wir den Menschen angedeihen können. Oder zumindest eine Perspektive zu geben wie es aussehen könnte, wenn wir Maßnahmen – logischer Weise mit der ASFINAG, natürlicher Weise mit dem Land OÖ, aber auch als Stadt Wels – umsetzen können, um hier mittelfristig, bei dem einen oder anderen etwas rascher, Abhilfe schaffen zu können.

Ob das Lärmschutzkonzept oder Lärmschutzmaßnahmenkonzept heißt, sei völlig dahingestellt. Es geht um den Inhalt der Dinge, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass uns ihre Probleme etwas wert sind und nicht nur zwischen den politischen Referenten hin- und hergeschoben werden. Das Thema Verkehr ist ein Referat, welches in den letzten Jahrzehnten nie die Mehrheitsparteien hinter sich hatte bzw. es hatte noch nie einen Referenten, der derselben Partei als der Finanzreferent angehörte.

Vielleicht einer der Gründe, warum in diesem Bereich so wenig vorwärts ging. Genau das sagten diese Besucher der Bürgerversammlung. Sie wollen Lösungen von uns allen haben, denn sie sagten sehr deutlich deswegen wurden wir alle von ihnen gewählt. Wir müssen uns wirklich anstrengen einen vernünftigen Maßnahmenkatalog aufzulisten. Dann ist dieses Konzept abzuarbeiten. Natürlich muss der Verkehrsreferent das sein Referat betreffende abarbeiten. Aber solch ein großes Thema ist einfach Chefsache und hier kann man sich nicht von der Verantwortung drücken. Das geht einfach nicht, denn das ist man den Bürgern schuldig. Schickt man hier ein politisches Leichtgewicht zur Diskussion, so ist das eine Geringschätzung des dort seit Jahrzehnten vorhandenen Problems.

Herr Mag. Hammerl, das war jetzt nicht böse gemeint, aber bei vier Mitglieder des Stadtsenates könnte schon einer bei solch einem Thema sich die Mühe nehmen vor Ort die Verantwortung zu übernehmen. Das genau ist nicht passiert! Heute einen Antrag einzubringen, bei dem sich der Verkehrsreferent um all das kümmern soll, ist sehr einfach. So sagen wir nichts anderes, als dass der Verkehrsreferent auch mitarbeiten soll. Aber zuerst brauchen wir ein Konzept: Was können wir wie tun und ist es der Verkehrslärm alleine, um den es dort geht? Oder gibt es noch andere Quellen?

Wir beschlossen heute eine Aufschüttung eines Dammes beim Altstoffsammelzentrum um 170.000 Euro. Dabei geht es auch nur um drei, vier oder fünf betroffene Häuser. Natürlich habe ich Verständnis für diese Menschen, weil diese von der Autobahn und der Oberfeldstraße belastet sind. Aber nehmen wir doch all die anderen auch gleich ernst. Wenn wir das Geld haben, um für wenige etwas zu tun (die es genauso verdient haben) soll auch für viele andere etwas getan werden.

Der Beginn von all dem - und ich möchte den Herrn Bürgermeister zitieren - ist ein Konzept. Bitte lassen sie uns dieses Konzept einmal machen! Lassen sie es uns mit all unseren Kräften und Möglichkeiten abarbeiten. Egal, ob es die Landtags- oder Nationalratsabgeordneten, der Bürgermeister oder der Verkehrsreferent sind. Lassen sie uns alle Hebel in Bewegung setzen, damit wir relativ rasch Abhilfe schaffen können, um dieses Problem zu mildern. Beseitigen können wir es nicht, denn dazu müssten wir alle Straßen sperren. Wir müssen einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, um den Bürgern dann unsere Vorhaben zu präsentieren, was wir wann machen und dadurch eine Perspektive schaffen.

Jetzt ist außer Vertröstungen keine Perspektive da. Jetzt vertrösten wir mit der ASFINAG, bei der im Herbst etwas fertig sein könnte. Auch gut, aber man darf selbst auch initiativ werden und etwas vorantreiben. Dazu braucht es ein Konzept und dazu bitte ich sie um ihre Zustimmung!

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Karl! Einen Vertreter einer anderen Partei als politisches Leichtgewicht zu bezeichnen ist unter deiner Würde. Das gehört sich nicht! Es gibt gute Gründe warum Stadtsenatsmitglieder nicht kommen können und ich halte das für inakzeptabel. Ich erwarte hier eine Entschuldigung von dir bei Herrn GR. Mag. Hammerl. Beginnen wir jetzt uns wechselseitig als politische Leichtgewichte zu bezeichnen, so wird es im Gemeinderat bald ziemlich lustig zugehen. Bitte regle das mit dem Betroffenen!

Natürlich ist es möglich die Zuständigkeit nach dem Produktkatalog vom Mobilitätsreferenten auf den Bürgermeister zu übertragen. Ich nehme mich dieses Themas – schon seit zwei Jahren - an. Die ASFINAG ist schon seit zwei Jahren beteiligt. Sie führte nicht nur eine Lärmmessung durch, sondern legte bereits auch ein Projekt vor. Wir schickten dieses zurück, es wurde wieder ein Projekt vorgelegt. Das heißt, es laufen hier schon sehr, sehr lange Verhandlungen. Vor allem betreffend den Beginn dieser Maßnahmen, das ist ein Verhandlungsprozess.

Wenn wir jetzt als Stadt Wels mit der Erstellung eines eigenen Lärmschutzkonzeptes beginnen, müssen wir mit einer Lärmschutzmessung beginnen, die alleine schon mehrere 100.000 Euro kostet, um zu wissen wovon wir reden. Obwohl die ASFINAG vor zwei Jahren

bereits eine machte und diese auch bezahlte. Deshalb macht es keinen Sinn, dass wir jetzt zwei Jahre später eine eigene machen, die sehr viel Geld kostet. Das alleine zeigt, wie sinnlos dieses beantragte Projekt ist.

Es gibt Projekte, die die einzelnen Träger dieser Verkehrswege auf den Weg gebracht haben. Das betrifft die ÖBB, die ASFINAG und das betrifft das Land Oberösterreich. Machen wir ein eigenes Projekt, so ist das weder verbindlich für die Betroffenen noch sinnvoll, weil die Stadt Wels diejenigen, die das tatsächlich errichten müssen - das ist ein anderer Grundeigentümer als die Stadt Wels - das nicht akzeptieren müssen. Deshalb gibt es bei der ASFINAG nicht nur einen, sondern viele Mitarbeiter, die sich ausschließlich um das Thema Lärmschutz kümmern, genauso wie bei den ÖBB und dem Land Oberösterreich. Bei Fertigstellung des Projektes spricht man dann über jenen Kostenanteil, den die Stadt Wels mitträgt. Vor zwei Jahren haben wir uns schon politisch dazu bekannt, dass wir nicht 100.000 oder 200.000 Euro, sondern Millionen in die Hand nehmen, wenn wir wissen wie viel das tatsächlich ist. Damals waren es 1,6 Mio. Euro für das Projekt ASFINAG. Aber jetzt zu sagen wir machen ein eigenes Projekt und wir müssen das Geld reservieren, ist ohne die zuständigen Bereiche sinnlos.

Wenn jetzt jeder Referent bei einem schwierigen Thema meint der Bürgermeister soll es machen, wozu gibt es dann den Produktkatalog? Ja, es gibt für den Mobilitätsreferenten schwierige Themen, aber es gibt auch für den Finanz-, den Wirtschafts-, den Kindergartenreferenten schwierige Themen. Manches kann gemacht werden, manches vielleicht nicht so gut, aber jeder bemüht sich derzeit im Rahmen seiner Möglichkeiten. Es kann aber nicht hergegangen werden zu sagen, mittels Antrag soll das der Bürgermeister lösen. Der Bürgermeister kann sich dann wieder des Referenten bedienen. Das macht den Antrag noch sinnloser als er jetzt schon ist.

Dann ein Konzept, das hunderttausende von Euro kostet einzufordern, welches schon ein anderer gemacht hat und wir dadurch wieder zwei Jahre Zeit verlieren, ist sinnlos. Die ASFINAG prüfte bereits zwei Jahre und erarbeitet ein Konzept. Nur weil ich diese drei Monate, die ich brauche, nicht warten kann auf dieses Konzept, ist noch sinnbefreier. Daher sollte vor Stellung eines solchen Antrages miteinander darüber gesprochen werden wie weit wir sind und was wir machen.

Ich verstehe diese Lärmschutzinitiative, deren Anliegen sind völlig gerechtfertigt und ich habe selbst mit den Personen gesprochen. Es war uns selbst nicht möglich daran teilzunehmen, haben aber einen Vertreter entsendet. Aber jetzt wieder einen solchen Tamtam zu machen mit dem Fokus der Bürgermeister sei wieder schuld, weil er kein Geld zur Verfügung stellt, ist mir derzeit als SPÖ-Strategie etwas zu einfach. Das kommt derzeit bei jedem in der Stadt nur möglichen Thema, obwohl wir so viel Geld haben wie nie zuvor. Das verstehe ich zwar, ist für die Bevölkerung aber ziemlich durchsichtig.

Daher, reden wir bitte wieder miteinander, auch wenn wir solche Anträge aus rein populistischen Gründen stellen. Das kann ich nachvollziehen, wird uns aber nicht weiterbringen, sondern wir brauchen Anträge, die uns tatsächlich vorwärtsbringen. Als einziges können wir Gespräche mit den zuständigen Trägern führen auf Basis dessen wie üblicherweise Lärmschutz umgesetzt wird. Ich ersuche das in Zukunft zu berücksichtigen!

GR. Mag. Hammerl: GR. KR. Schönberger hat sich gedacht, wir sollen uns alle zusammensetzen und alle gemeinsam an dieser Ideenfindung arbeiten. Ich denke, das ist

die Idee dahinter. Das geschieht am besten im Ausschuss, dort gehört es hin und ist der Konsens aller Parteien. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Hammerl auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)  
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Lärmschutzmaßnahmen; Antrag an den  
zuständigen Referenten  
Verf-015-I-15-2022

GR. Mag. Hammerl: Unser Dringlichkeitsantrag geht genau in die Richtung, in die es gehen sollte. Von den Ausführungen des Bürgermeisters wissen wir, dass nach dem Produktkatalog der Mobilitätsreferent, StR. Stefan Ganzert, zuständig ist. Wir wissen, es sind zahlreiche Gespräche mit den betreffenden Institutionen zu führen, nämlich den Grundeigentümern und mit den Verursachern der Emissionen, also den Betreibern der Straßen.

Vom Herrn Bürgermeister wurden im Vorfeld sehr viele Gespräche geführt und in der Vergangenheit wurden zahlreiche Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt. Auch damals hat sich der zuständige Verkehrsstadtrat nicht dafür zuständig gefühlt. Es ist ganz klar im Kompetenzkatalog geregelt, wer für das Thema Lärmschutz zuständig ist. Daher möge der Gemeinderat den zuständigen Mobilitätsstadtrat Stefan Ganzert auffordern bzw. ersuchen, diese Gespräche bereits jetzt zu führen und die Sommermonate nicht ungenützt vergehen zu lassen, damit wir im Herbst tatsächlich über ein konkretes Projekt sprechen und beschließen können.

GR. Faber stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Faber auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 16 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
18 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

GR. Hufnagl, MBA: Wir haben hier zwei Anträge mit demselben Thema, aber beide unterscheiden sich dennoch ziemlich. Im Antrag der SPÖ- und GRÜNEN-Fraktion und der NEOS stand der Termin mit 31.12.2022. Bei dieser Besprechung vor Ort war den Bürgern dieses Thema extrem wichtig und laut Vernehmen auch uns allen, deshalb muss jetzt etwas schnell passieren. Deshalb dieser Dringlichkeitsantrag, damit bis zum Ende dieses Jahres etwas passiert.

Das unterscheidet den ersten Antrag grundsätzlich vom zweiten, weil im zweiten ja nur der Referent zur Führung irgendwelcher Gespräche aufgefordert wird. Das ist sehr unverbindlich. Ein weiterer Unterschied in der Qualität des Antrages besteht darin, weil eine Konzeptausarbeitung etwas Verbindlicheres ist als Gespräche zu führen. Außerdem steht im Antrag der FPÖ-Fraktion „Landes-, Bundesstraßen sowie der Autobahnen“. Das steht in unserem Antrag nicht. Wir möchten ein umfassendes Lärmschutzkonzept, welches auch die Straßen in der Stadt Wels beinhaltet, denn die Stadt kann auch gewisse Maßnahmen treffen. Das heißt, unser Antrag ist noch einmal umfangreicher.

Die Zuständigkeit wäre laut Katalog wirklich beim Kollegen. Allerdings liegt die Zuständigkeit für die Autobahnen und die Bundesstraßen sowieso nicht beim Referenten der Stadt, sondern bei übergeordneten Stellen. In eurem Antrag geht es ums Geld und um die Kosten der Stadt Wels dafür. Es geht nicht darum, dass wir etwas beschließen können, sondern wie viel wir für Maßnahmen dazuzahlen, die der Bund oder das Land beschließen. Und für das Geld ist immer noch der Finanzreferent zuständig. Damit macht das Sinn es beim Finanzreferenten zu platzieren.

Betreffend die Veranstaltung, zu der wir eingeladen waren, wäre meine Bitte, dass wir die Bürger ernst nehmen und uns mit ihnen regelmäßig austauschen. Es schaut so aus, als würden schon Jahre Gespräche mit der ASFINAG stattfinden, aber in Wirklichkeit sind die Bürger dort nicht informiert. So kam es mir jedenfalls vor. Diese fühlen sich natürlich alleine gelassen, uninformiert und fordern mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung ein. Ein wichtiger Punkt, das auch zu machen. Wenn es diese große Institution ASFINAG nicht schafft zu dieser Veranstaltung irgendjemand Fachkundigen vorbeizuschicken, dann ist es ein Armutszeugnis und signalisiert mir und somit den anwesenden Bürgern, dass es sie nicht interessiert, was wir hier in Wels jammern. Genau dieses Signal wurde ausgesendet.

Daher meine Bitte an den Bürgermeister hier ein ernstes Wort mit den dort Zuständigen zu sprechen, dass das eigentlich so nicht gehen kann. Schließlich wird die ASFINAG durch unser Steuergeld finanziert und können sich daher nicht einfach solch einer Diskussion entschlagen. Das kann es eigentlich nicht sein!

StR. Rammerstorfer: Zunächst möchte ich etwas zu unserem Antrag sagen, denn ein Konzept ist nicht zwangsläufig eine wissenschaftliche Langzeitstudie. Ein Konzept können wir auch im Ausschuss beschließen. Es liegen sehr viele Informationen zu diesem Thema bereits vor. Wird mit der ASFINAG wieder eine gute und geeinte Gesprächsbasis gefunden, werden wir es uns sicher leichter machen, als wenn wir uns als chaotischer, zerstrittener Haufen präsentieren. Dann werden wir auch die benötigten Unterlagen bekommen und müssen nicht zwangsläufig mehrere 100.000 Euro – wie die FPÖ-Fraktion befürchtet – hier investieren.

Von der Genese dieses Konfliktes finde ich den Zeitplan aus den erhaltenen Unterlagen des Ministeriums, wie eine Klarstellung der ASFINAG aus dem Jahr 2019 ganz interessant. In dieser wird erklärt, eine Mitfinanzierung für den Lärmschutz im Bereich Wimpassing ist notwendig. Am 26.08.2020 entnehme ich eine telefonische Absage zur Mitfinanzierung zum Lärmschutz Wimpassing durch die Stadt Wels. Im Jahr 2021 gab es von NAbg. Petra Wimmer im Petitionsausschuss des Parlaments eine Petition „Mehr Lärmschutz für Wels-Nord“. Dieser Petitionsausschuss hat daraufhin die Stadt Wels zu einer Stellungnahme aufgefordert. Die Antwort lautet: „Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadt Wels wurde mit E-Mail vom 09.03.2022 eingeladen eine Stellungnahme an den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen zur Petition „Mehr Lärmschutz für Wels-Nord“ abzugeben. Die Stadt Wels gibt keine Stellungnahme ab.“ Abgeschickt wurde dieses Schreiben der Stadt Wels von der Abt. Direktion, Dst. Rechtsangelegenheiten.

Offenbar war der Kollege StR. Ganzert in diesem Fall im März nicht zuständig und involviert und hat von diesem Schreiben nichts erfahren. Wie rotieren diese Zuständigkeiten, wenn bei Unannehmlichkeiten der Stefan zuständig ist, ansonsten aber macht man es selbst.

Aufgrund der Bitten dieser Bürgerinitiativen gab es dieses Treffen. Dieses verlief sehr konstruktiv. Es waren die vier Fraktionen anwesend, die NEOS und ca. 20 Personen von der Initiative. Aus der an alle versendeten Gesprächsnotiz entnehme ich, dass von allen Anwesenden gemeinsam vereinbart wurde, dass die SPÖ-Fraktion einen Gemeinderatsantrag Richtung Lärmschutz in diesem Bereich initiiert und dieser nach Möglichkeit so formuliert wird, damit er von allen Parteien mitgetragen werden kann. Das wurde von allen vertretenen Parteien so vereinbart. Warum das jetzt plötzlich so ein Affront sein soll bzw. jetzt wiederum nur der Stefan zuständig sein soll, entschließt sich meiner Kenntnis.

Nichtsdestotrotz kann ich einer Zuweisung an den Ausschuss und einer konstruktiven Debatte einiges abgewinnen. Es wurde ja bereits so beschlossen. Aber diese Unstimmigkeiten, die ich hier noch feststellen muss, wollte ich doch noch anmerken.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Einen Termin mit 31.12. dieses Jahres festzulegen wohl wissend, dass alleine die Lärmmessung länger dauert, halte ich für unseriös. Wie soll ich als Bürgermeister, wenn ich beauftragt werde, ein Konzept vorlegen, wenn ich nicht einmal die Grundlagen für das Konzept bis zum gestellten Termin erarbeiten kann. Alleine daraus erschließt sich für mich, dass es gar nicht ernste Absicht ist seriös ein Konzept erarbeiten zu lassen, sondern es soll einfach dem Bürgermeister eine nicht einzuhaltende Frist

gesetzt werden mit der Konsequenz nachher sagen zu können „er hätte es nicht geschafft“ und „er ist in Verzug“.

Der Termin war für mich schon ein großes Thema. Keiner kann jetzt im Sommer bis zum Ende des Jahres ein Konzept erstellen, wenn ich vorher eine Lärmmessung und eine Berechnung dazu durchführen und ein Konzept dazu erstellen muss. Die ASFINAG braucht bisher zwei Jahre dazu. Warum ich das als beauftragter Bürgermeister in einem halben Jahr schaffen soll, erschließt sich mir per se nicht. Schon alleine deshalb ist für mich dieser Antrag schon tatsächlich alles andere als seriös. Im Gegenteil vermute ich, es wird hier geschaut sagen zu können, dass er es nicht schafft!

Lieber Herr Hufnagl, würde man der Argumentation folgen, dass der Finanzreferent immer dann zuständig ist, wenn es um das Geld geht, dann wäre ich wohl für fast alles in der Stadt zuständig, weil bekanntlich auch das Straßenbauprogramm Geld kostet und ich trotzdem dafür nicht zuständig bin. Diese Argumentation sollte betreffend Richtigkeit und Korrektheit von ihrer Seite noch einmal überlegt werden.

Es hat, wenn gesagt wird, dass die Bürger nichts über das Tun der ASFINAG gewusst haben, eine eigene Informationsveranstaltung in den Minoriten gegeben. Die Bürger waren hier anwesend und dabei wurde ihnen dieses Konzept vorgestellt. Bei dieser Präsentation waren neben dem Baudirektor auch der zuständige Referent StR. Klaus Hoflehner, Vertreter der ASFINAG und ich selber anwesend. Die Bürger können deshalb nicht sagen, sie wüssten nicht, um welche Konzepte es sich handelt. Sie wissen es schon!

Es gibt im Gemeinderat schon einen breiten Konsens darüber, sich diesem Thema zu widmen und ernsthaft zu betreiben. Das ist völlig unstrittig. Aber es muss geklärt werden über was wir überhaupt reden. Eine Kostenübernahme, eine Pauschale der Stadt Wels für den Lärmschutz kann es nicht geben, denn ich muss wissen, ob es 20, 10, 3 oder 1 Mio. Euro sind. D.h. es müssen die Konzepte fertig auf dem Tisch liegen und dann müssen wir uns entscheiden was machen wir in welchem Zeitabstand und Masterplan und erst nach dieser Entscheidung können wir sagen, in diesem Bereich 1,2,3 xy Mio. Euro oder vielleicht nur 1 Mio. Euro jedes Jahr zu investieren. Aber eine pauschale Kostenübernahme-Zusage durch die Stadt Wels ist aus meiner Sicht unverantwortlich und könnte keiner hier herinnen seriös abgeben.

Es gibt ein klares Bekenntnis zum Lärmschutz von Seiten der FPÖ-Fraktion. Wir haben das im Wahlkampf ganz klar formuliert und gesagt. Nicht nur wir, sondern auch die SPÖ-, die ÖVP-Fraktion und die GRÜNEN sowieso. Ja, es gibt dazu ein parteiübergreifendes Bekenntnis. Bei den NEOS und der MFG bin ich mir nicht sicher, ob es im Wahlprogramm stand. Wenn es dieses parteiübergreifende Bekenntnis gibt, ist es seriös daran zu arbeiten. Aber wir haben die Zusage der ASFINAG uns im Herbst dieses Projekt präsentieren zu wollen.

Die ASFINAG nahm deshalb nicht teil, weil sie zuerst dieses Konzept ihren Entscheidungsträgern, dann uns als Entscheidungsträger präsentieren wollen und erst dann mit diesem Konzept zu den Bürgern gehen. Ein üblicher Ablauf der ASFINAG. Es ist schlichtweg unrichtig, dass sie es nicht einmal der Mühe wert finden dort zu erscheinen. Sie finden es sehr wohl der Mühe wert und haben uns erklärt, dass sie ansonsten dort sitzen würden und nichts sagen können. Daher sagten sie warten zu wollen bis dieses Konzept steht. Die Gesprächsbasis mit der ASFINAG ist wirklich ausgezeichnet.

Sie hatte vor kurzem ein Fußballturnier in Wels mit Unternehmen. Wir waren dort und haben uns mit Vertretern der ASFINAG unterhalten. Dabei haben sie sich bereit erklärt uns ein Grundstück zu verkaufen, welches wir sonst nie bekommen hätten. Dieses gute Gesprächsklima sollten wir in Wels, wo wir von Autobahnen umgeben sind, durchaus beibehalten. Ich kann nicht nachvollziehen warum die ASFINAG jetzt an allem schuld sein soll - aus meiner Sicht ist sie das überhaupt nicht. Deshalb weiter mit den Verantwortlichen reden. Als Beispiel haben die Gespräche mit dem Land OÖ voriges Jahr dazu geführt, dass die Lärmschutzwände entlang der Osttangente um 1 Mio. Euro saniert werden. Die Hälfte davon zahlt die Stadt Wels.

Das stand übrigens auch nicht im Budget und wir haben es so beschlossen. Wir wussten die Kosten, sagten es sei uns wert und bezahlten es auch in weiterer Folge. So macht man das aus meiner Sicht! Die Gespräche müssen laufend geführt werden und deshalb bringt es nichts jetzt selbst ein Konzept zu erstellen. Die Dinge müssen dort bearbeitet werden, wo sie hingehören. Der Lärmschutz gehört zur ASFINAG, zur ÖBB und zum Land. Kommen diese dann mit einem konkreten Konzept – vielleicht auch auf Anregung der Stadt – so muss man die Bereitschaft zum Zahlen haben. Diese Bereitschaft ist logischerweise auch bei der Stadt Wels parteiübergreifend vorhanden.

StR. Ganzert: Sehen wir uns gemeinsam die Genese dieser beiden Anträge an. Was wollen wir bzw. was möchte die FPÖ-Fraktion eigentlich machen? Es gibt seit Jahren eine Kommunikation zwischen der Stadt Wels, der ASFINAG und auch den Bürgerinitiativen. Die findet statt, es läuft und wird auch gemacht. Die Bürgerinitiativen haben sich zusammengeschlossen und alle politischen Parteien vorigen Dienstag in der Pfarre St. Franziskus eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren und sich auszutauschen. Sie waren gut organisiert mit Dr. Martin Stieger als Moderator und Mediator.

Es war eine sehr gute Stimmung, es wurde weder laut geschrien noch wild gestikuliert oder es gab wütende Bürger, sondern es wurde gesagt diese Veranstaltung zu nützen, um mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen über das Mögliche und Machbare zu sprechen. Ja, es war wie es war, mit einer gewissen Enttäuschung darüber, dass von der ASFINAG niemand anwesend war. Ich verstehe schon, dass diese nicht über „ungelegte Eier“ reden können oder es gibt vielleicht technische Fragen oder Dinge, die erörtert werden können. Das müssen diese halt sagen, damit wir es verstehen.

Sich der Sache anzunehmen ist eine Frage der Wertschätzung. Der Mitarbeiter der ASFINAG muss eben klarstellen zu gewissen Dingen ohne Okay des Aufsichtsrates noch nichts sagen zu können. Aber es kann verdeutlicht werden wie wichtig die Kommunikation ist. Ähnlich erging es den Menschen vor Ort beim Herrn Bürgermeister. Man muss das einfach zur Kenntnis nehmen, es braucht nicht darauf herumgetrampelt werden. Die Diskussion war einfach so, wie sie gelaufen ist.

Es war einerseits der Wunsch nach einer besseren Kommunikation der Bevölkerung vor Ort. Der als Mitbetroffener im Publikum anwesende GR. KR Schönberger machte den Vorschlag dazu bis Freitag einen Dringlichkeitsantrag für den Gemeinderat einzubringen. Wir wollten zeigen, dass alle Parteien eigentlich am selben Strang ziehen und eine Lösung herbeiführen wollen. Daraufhin schrieb er einen Antrag und versendete ihn an alle Fraktionen und Parteien im Gemeinderat. Die GRÜNEN machten mit, die ÖVP wollten nicht

Antragsteller sein, konnten sich aber vorstellen mitzustimmen. Auch die NEOS wollten mitstimmen, von der MFG und vor allem von der FPÖ-Fraktion bekamen wie keine Antwort.

Das Ziel des Antrages war - es kann immer so oder so formuliert werden -, dass wir die Bürgerinitiativen und ihre Anliegen und Probleme ernst nehmen. Wir möchten das noch einmal mit einer Beschlussfassung durch eine Meinungsbildung der Stadt Wels verdeutlichen. Hier funktionierte anscheinend die Kommunikation nicht. Es hätte auch gesagt werden können eine Resolution an die ASFINAG, an den Bund zu machen. Es hat sich aber niemand gemeldet und deshalb wurde um 11.35 Uhr dieser Antrag abgegeben. So läuft aus unserer Sicht politische Arbeit. Wir versuchten etwas Gemeinsames zu machen. Wir wollten niemanden abstrafen, sondern sehen es als Handreichung. Wahrscheinlich kam dann aufgrund dieses Antrages um 12.32 Uhr ein weiterer Antrag.

Anstelle sich um etwas zu kümmern, das der Sache dienlich ist, fängt man mit einem Kompetenz-Hick-Hack an, der wirklich keinen Millimeter Fortschritt bringt. Im Produktkatalog steht bei der Dst. Tiefbau (BauT), Produktgruppe Straßenbau (BauS) unter der Leistung 395: Straßenausrüstung und Möblierung. Das zeigt, auf welcher gedanklichen Ebene wir uns hier befinden. Die Leistung 395-04 umfasst „Sonstige Straßenausrüstung (Poller, Leitelemente, Leitschienen, Lärmschutzwände usw.) und Möblierungen (Blumentröge, Bänke, Fahnenmaste, Flaggen, überdachte Fahrradabstellplätze, Radständer, Verkehrsspiegel, Anlehnstangen etc.) – Verwaltung“.

In der Logik hieße das, ich bin zuständig für eine Leitplanke auf der Autobahn, für die Beflagung auf der Raststation etc. Das bin ich natürlich nicht. Ich bin gerne – wie meine Vorgänger auch – bereit gemeinsam im Dialog eine Lösung mit der ASFINAG zu suchen. Am Beginn der Funktionsperiode haben Vzbgm. Mag. Schininger und ich gemeinsam in einem Brief an die Frau Bundesministerin Gewessler das kundgetan und um einen Gesprächstermin gebeten. Wir wollten uns austauschen, weil uns das sehr wichtig ist. Nach einigen Wochen wurde uns in einem Antwortschreiben einer Kabinettsmitarbeiterin mitgeteilt, dass die Frau Bundesministerin gerade keine Zeit habe. Wir waren darüber verwundert, denn wir wollten es nicht unbedingt schon in den nächsten zwei Monaten, sondern hätten sicher ein Zeitfenster gefunden.

Frau NRAbg. Petra Wimmer brachte schon vor langer Zeit eine Petition mit mehreren tausenden Unterschriften in den Petitionen-Ausschuss des Parlaments. Sie regte dort auch an bei der Stadt Wels eine zusätzliche Nachfrage noch einmal einzurichten. Es gab dann auch noch eine Antwort der Stadt Wels. Scheinbar versteht der Bürgermeister oder der Innere Dienst die Zuständigkeiten doch nicht. Nie wurde ich darüber informiert, dass es so etwas gibt. Nie wurde mir ein Schreiben vorgelegt, nie wurde ich gefragt, wie die Stadt darauf zu antworten hat.

Der Bürgermeister vertritt natürlich die Stadt nach außen. Wenn das Parlament auf die Stadt zugeht, wird der Bürgermeister diese vertreten. Unser Statut sieht in manchen Passagen vor „Geschäftsvorgänge und Gegenstände von großer und besonderer wirtschaftlicher Natur oder von besonderen kulturellen geprägt Ereignissen sind dem Bürgermeister vorbehalten“. Es kann jetzt aufgefordert oder nicht aufgefordert werden, aber solche Dinge gehen einfach nur gemeinsam.

Da ich ja jetzt angeblich wieder zuständig bin, erfahre ich Termine mit der ASFINAG im Haus auch nur zufällig und muss mich dann selber einladen. Bei einem Gespräch war ich

dabei, aber hätte ich nicht zufällig am „Gang-Funk“ von diesem Termin erfahren, dann wüsste ich nichts davon. Wenn ich zuständig bin, warum werde ich dann zu solchen Gesprächen nicht eingeladen? Wir haben dort gesprochen im Herbst weitermachen zu wollen, weil die ASFINAG ganz zu Recht begründet, dass laut ihrer neuen Dienstanweisung neue Emissionswerte und auch der Kostenanteil festgelegt werden sollen.

Es ist scheinbar zu erwarten, dass sich der Kostenanteil für die Stadt Wels reduziert. Das ist alles sehr erfreulich. Als ich im Büro des Bürgermeisters um die Mitschrift dieses Gesprächs anfragte, wurde mir eine Woche später mitgeteilt, dass ich diese Mitschrift nicht haben kann. Es ist gut zu wissen zuständig zu sein, aber die Mitschrift wird vorenthalten – es ist halt so!

Ich hoffe wir sind uns hier in der Sache alle einig und sollten dieses Bild auch nach außen geben: „Ja, wir wollen den Lärmschutz in Wels Nord.“ Laut Erzählungen der Anrainer dürfen bei einem dort neu zu errichtenden Wohnhaus laut Bescheid auf der der Autobahn zugewandten Seite keine offenbare Fenster eingebaut werden. Wir reden hier nicht von einem Lärm, der stört, sondern von einem gesundheitsbeeinträchtigenden Lärm.

Hören wir auf mit den Zuständigkeiten, sondern machen wir es im Tandem – jeder was er kann und jede Partei mit ihren Abgeordneten auf den unterschiedlichsten Ebenen. Das funktioniert leider auch nicht überall so leicht. In dem von mir erwähnten Petitionsausschuss wurde es leider mit der Regierungsmehrheit von ÖVP und den GRÜNEN abgelehnt. Es gab dann noch den Vorschlag das Ganze in den Verkehrsausschuss zu bringen. Die FPÖ hat hier sogar überlegt, wie man das Ganze machen kann.

Aber wie schon GR. Wiesinger sagte, wir haben alle Vertreter in den unterschiedlichsten gesetzgebenden Körperschaften. Rütteln wir diese auf und bringen wir das gemeinsam nach vorne. Der Lärmschutz, der irgendwann vielleicht sowieso in fünf, zehn Jahren kommen würde, bringt mir als Anrainer nichts, wenn es auf dem Papier steht und wir es schieben. Die Bürgerinitiative hätte sich ein gewisses Commitment der Stadt Wels gewünscht. Ich weiß, wenn ich nicht weiß was es kostet, dann kann ich nicht sagen 50 % oder 3 Mio. Euro zu zahlen. Aber hier sitzen fünf Parteien, die sagen es im Rahmen der verfügbaren Mittel mitzufinanzieren und sich für möglichst viele Förderschienen einzusetzen. Wir sollten dann so ehrlich sein und nicht den Menschen sagen der oder der ist zuständig, sondern machen wir es als Stadt Wels.

Der Gemeinderat kann immer seine Geschäftseinteilung entsprechend ändern. Nur erwarte ich mir dann schon Zugang zu sämtlichen Unterlagen zu haben. Das heißt, die Archive werden geöffnet und die Gesprächseinladung stimmt. Das habe ich bisher nicht gesehen und nicht erfahren.

GR. Hufnagl, MBA: Es geht darum jetzt konstruktiv etwas weiter zu bringen. Wenn der 31.12.2022 unrealistisch ist, so bringen wir einen Abänderungsantrag ein oder ihr hättet die SPÖ, GRÜNEN und NEOS fragen können, ob sie den Antrag zurückziehen und wir es im nächsten Ausschuss besprechen. Aber diesen Gegenantrag einzubringen hat niemanden etwas genutzt.

Nichtsdestotrotz möchte ich für die Bürgerinitiative bzw. für alle entlang der Autobahn in Wels Nord Wohnenden einfach noch einmal bekräftigen, dass die Message der

Dringlichkeit bei allen Fraktionen angekommen ist und wir wirklich etwas tun müssen. Den Wortmeldungen entnehme ich, dass wir uns einig sind, etwas tun wollen und nicht wieder vier Jahre verstreichen lassen wollen. Diese Aufmerksamkeit haben wir wieder einmal erreicht und es darf einfach nicht wieder Jahre nichts passieren.

Für mich wäre noch wichtig uns eine gewisse Ehrlichkeit aufzuerlegen und den Menschen zu sagen was möglich und was nicht möglich ist. Es kursieren dazu ziemlich hohe Beträge, mehr als 80 Mio. Euro soll der Lärmschutz entlang der Autobahn kosten. Hier muss man so ehrlich sein, dass die Stadt Wels keine 80 %, 50 % und auch keine 30 % zahlen kann. Der Herr Bürgermeister erwähnte heute schon, dass wir unser Möglichstes tun werden, aber gewisse Dinge können wir uns als Stadt Wels nicht leisten. Das den Menschen zu sagen gehört zu einer ehrlichen Kommunikationspolitik dazu.

StR. Schäfer, BSc MSc: Ich melde mich jetzt nicht, weil ich selbst in Wels Nord lebe und mir dieser Problematik in diesem Bereich durchaus bewusst bin. Allerdings möchte ich die Kritik an der FPÖ-Fraktion zurückweisen, dass wir uns nicht um die Lärmbeschwerden der Bevölkerung oder andere Vorwürfe kümmern bzw. bei diesem Antrag nicht mitgehen würden. Liebe Silvia, wir haben am Freitag um 10.06 Uhr telefoniert und ich möchte hier noch einmal anführen warum wir nicht mitgemacht haben. Ich sagte dir, dass wir keine Erhebungen brauchen, ob es in Wels Nord tatsächlich laut ist, denn ich weiß es ist dort laut.

Die Bewohner wissen es und wenn wir hier einen Beschluss fassen zur Erhebung der Lautstärke, so würde das eine Verhöhnung für sie darstellen. Deswegen schlug ich dir eine Resolution an die ASFINAG und den Bund vor. Dem hätten wir uns angeschlossen. Aber bei diesem Antrag in dieser Art und Weise können wir so nicht mitgehen.

Offensichtlich gab es keine Zustimmung zu einer Resolution an den Bund und die ASFINAG. Deshalb habe ich selbst noch einen Antrag eingebracht, der zumindest euren Antrag richtigstellt. Uns als FPÖ-Fraktion ist es sehr wohl wichtig, dass wir die Menschen vor Lärm und allen anderen Gefahren schützen soweit es uns als Gemeinde möglich ist. Ich bin mir sicher mit einer großen, einer überwiegenden Mehrheit in weiterer Folge, wenn es von der ASFINAG ein konkretes Konzept gibt einen gemeinsamen Antrag hier im Haus beschließen zu können.

GR. KR. Schönberger: Es wird sehr viel über Geld und nur über die ASFINAG gesprochen. Warum wurden in der Oberfeldstraße bei allen Einfamilienhäusern östlich der Passauer Bahn Lärmschutzmaßnahmen gemacht? Warum kann nicht darüber nachgedacht werden Lärmschutzmaßnahmen in der gleichen Straße auf der gegenüberliegenden Seite bei den neu entstandenen Bauten zu machen? Das muss den Menschen einmal erklärt werden können. Ich kann es nicht! Auf diese Fragen hätten sie gerne eine Antwort.

Ein Konzept erstellen heißt nicht immer Geld in die Hand zu nehmen. Es kann auch heißen so wie in Salzburg, in Wien, Graz und Linz, dass die LKW in der Nacht nur 60 km/h und die PKW nur 80 km/h fahren dürfen. Das kann auch ein Konzept beinhalten und dafür muss kein Cent in die Hand genommen werden. Damit wäre den Menschen schon sehr geholfen. Fährt man nach Salzburg, so kann zu bestimmten Zeiten fast nur mehr mit 60 km/h gefahren werden. In Linz ist man sowieso nur mit 80 km/h unterwegs und in Wien fahren die LKW in der Nacht grundsätzlich nur 60 km/h.

Warum machen wir uns jetzt nicht alle gemeinsam stark, dass bei uns – wo die Autobahn durchgeht - auch die LKW in der Nacht nur 60 km/h und die Autos nur mehr 80 km/h fahren dürfen? Dafür braucht kein Cent in die Hand genommen werden. Dazu braucht es vielleicht Aktionismus. Das wäre ein würdiger Grund die Autobahn einmal zu sperren. Wenn wir uns nicht überlegen für die Menschen etwas weiterzubringen, werden die Menschen von sich aus agieren. Das ist dann politisch nicht mehr so gut verkaufbar und die Gesprächsbasis geht vielleicht mit der ASFINAG verloren, wenn unsere Autobahn, die eine Hauptverkehrsader ist, bestreikt wird oder durch langsames Fahren verhindert wird, dass dort der Verkehrsfluss im üblichen Sinne stattfinden kann.

Deshalb kamen die Leute auf uns alle zu. Wir sollten das, was gestern war, vergessen und sie möchten eine Lösung für die Zukunft. Bekommen wir keine Lärmschutzwände, so lässt uns daran arbeiten die Geschwindigkeit beim Schwerverkehr und PKW-Verkehr in der Nacht zu reduzieren. Bei uns kann wie in wenigen Städten in der Nacht immer noch mit 130 km/h durchgezischt werden. In keiner gleich großen Stadt in Österreich ist das der Fall – nur in Wels.

Dass die Frau Bundesministerin das ablehnt bzw. für die ASFINAG nicht einmal eine 100 km/h-Beschränkung in Frage kommt, finde ich fast als eine Verhöhnung. Hier sollten wir als Politik zusammenhalten. Wenn wir schon keine Lärmschutzwände bekommen, so sollte zumindest das langsame Fahren durchgesetzt werden. Das könnte der erste Schritt sein und zeigt den Menschen auch gemeinsam etwas zu wollen. Dafür muss mit allen Kontakten und Verbindungen gearbeitet werden. Mit diesem Auftrag haben wir die dortige Diskussion verlassen, das kann von GR. Mag. Hammerl bestätigt werden. Sie haben uns nicht aufgefordert morgen die Lärmschutzwände zu bauen, sondern uns gebeten zu schauen damit es morgen leiser wird – nicht mehr!

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ich hoffe, es sehen auch zuhause am Bildschirm die Mitglieder der Bürgerinitiativen diese clownesk a la FPÖ-Wels. Ich sage bewusst clownesk, weil unseren Antrag (SPÖ, GRÜNE und NEOS) in den Ausschuss „verfrachtet“ wurde und der andere Antrag hier diskutiert wird. Das habt ihr des Öfteren schon gemacht. Eigenartig finde ich, dass du, lieber Herr Bürgermeister, mich am Freitag gegen 11.00 Uhr anrufst und mich nach unserem Antrag fragst. Dieser ist noch nicht eingelangt. Dann ist er da und kurz darauf gibt es einen Antrag von euch. Das Ganze dient nicht der Sache und ich möchte das Wort „Kasperltheater“ nicht in den Mund nehmen.

Die Menschen draußen sind tatsächlich enttäuscht. Genauso wie auch ich enttäuscht bin, wenn du sagst der Antrag ist sinnbefreit. Das finde ich genauso wenig in Ordnung, wie die Wortmeldung „politisches Leichtgewicht“. Dieses peinlich berührte Lachen zu meiner rechten Seite bei der einen oder anderen Wortmeldung zeigt mir, dass es keine Antworten und vielleicht keine Interessen gibt.

Wenn Kollege StR. Schäfer sagt zu wissen, dass es draußen laut ist, so befindet er sich aktuell im Widerspruch mit dem Herrn Bürgermeister, der zuerst Lärmmessungen machen muss, um dort tatsächlich etwas weiterbringen zu können. Die Menschen wollen Antworten und Hilfe. Einige betroffene Menschen traf ich beim Franziskusfeuer in Laachen und diese klagten mir dort ihr Leid. Lieber Herr Bürgermeister, ich richte dir nicht aus was ich dir ausrichten hätte solle. Das sollen sie dir lieber selber sagen, denn das war nicht sehr angenehm.

Kollege StR. Ganzert sagte es schon, wir waren tatsächlich nie involviert, wir waren nicht einmal informiert, dass es z.B. Gespräche mit der ASFINAG gab. Ich erfuhr es zufällig und reklamierte den Stefan dort hinein. Als wir nach dem Protokoll fragten, erfuhren wir diese Mitschrift nicht zu erhalten. Ist das Verschluss-Sache? Wollen wir etwas verbergen?

Die Menschen wollen Antworten, ernst genommen werden und dass wir für sie etwas machen. Denn wir haben dort täglich 50.000 Fahrzeugbewegungen und nicht einige Hundert wie in der Traungasse. Wenn von der ASFINAG die Jahre 2027, 2028, 2029 oder was auch immer genannt werden, so wollen die Menschen wissen wann das tatsächlich kommt. Auch die Wahrheit ist zuträglich. Sie wollen wissen worauf sie sich einstellen können. Gibt es überhaupt etwas oder gar nichts? Das ist sehr eigenartig!

Als persönlich über fünf Jahrzehnte Betroffene haben GR. Schönberger und ich vor drei Jahren diese Bürgerinitiativen an einen Tisch gebracht und „Stopp den Lärm“ ins Leben gerufen. Wir sammelten über 2.000 Unterschriften. Diese sind aber offenbar egal und auch – Kritik an die GRÜNEN - Frau Gewessler egal. Wie kann es sein, dass unsere Bundesministerin lapidar schreibt keinen Termin zu haben? Natürlich wären wir einverstanden gewesen mit einem Termin in drei, vier, fünf oder sechs Monaten.

Ich erinnere mich an die Aktuelle Stunde vor drei Jahren mit GR. KR. Schönberger als Berichterstatter, wo ihr geglaubt habt ihn am Schmäh halten zu können. Das glauben die Menschen draußen auch, dabei wollen sie tatsächlich nicht mehr als eine Geschwindigkeitsbeschränkung in der Nacht von 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW oder vielleicht einen durchgehenden Flüsterasphalt. Natürlich wäre es „das Tüpfelchen auf dem I“ Lärmschutzwände der neuesten Generation dort hinstellen zu können. Markus und ich haben es uns ausgerechnet. 80 Mio. Euro sind richtig viel Geld, wovon wir als Stadt beinahe 70 Mio. Euro bezahlen müssten.

Ich kann das von GR. KR. Schönberger Gesagte nur unterstreichen, muss es aber etwas korrigieren. Denn du fährst nicht nur am Tag 130 km/h, sondern du fährst in der Nacht 130 km/h, du fährst von Ost nach West 130 km/h. Wir sind die einzige Stadtautobahn, auf der 130 km/h gefahren werden darf. Kürzlich war ich in Salzburg und bin tatsächlich bis Puch-Urstein 60 km/h gefahren. Wir wollen nicht durchgehend eine 60 km/h-Beschränkung. Bemühen wir uns um eine Lösung für die Menschen - sie warten dringend darauf.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Klaus, dass du diese Debatte als clownesk bezeichnest.....

Zwischenruf Vzbgm. Mag. Schininger: Nein, die Debatte nicht!

Bgm. Dr. Rabl: .... oder die FPÖ-Fraktion in diesem Zusammenhang, ist eine weitere Enttäuschung. Die Bürger, die bei dir waren, haben sich nicht verdient, dass die SPÖ-Fraktion meint mit diesem Thema große Politik machen zu können und versucht andere Parteien in einen politischen Hickhack zu verstricken. Das ist der Sache alles andere als dienlich und deshalb wäre es wichtig, dass du dir in diesem Zusammenhang überlegst was du sagst.

Ich merke, du bist mir der Materie eher schlecht vertraut und führe das darauf zurück, dass du erst relativ kurz Verkehrsreferent warst und die Verhandlungen mit der ASFINAG nicht wirklich miterlebt hast. Zum einen gibt es den Flüsterasphalt schon sehr lange. Verhandelt

haben ihn die FPÖ-Fraktion und der Bürgermeister und nicht die SPÖ-Fraktion und der Verkehrsreferent, der eigentlich zuständig wäre.

Generell kommt es mir vor die Dinge und Verantwortlichkeiten einfach abschieben zu wollen. Seit sieben Jahren haben wir einen für Lärmschutz zuständigen Mobilitäts- oder Verkehrsreferenten in der SPÖ-Fraktion, der gar nichts gemacht hat in dieser Sache. Es wäre auch die Möglichkeit des jeweiligen Verkehrsreferenten gewesen sich mit der ASFINAG oder dem Landesverkehrsreferenten Steinkellner in Verbindung zu setzen. Du hast es nicht gemacht, StR. Stefan Ganzert hat es nicht gemacht. Gemacht hat es der Bürgermeister, denn irgendwer muss es ja machen.

Dieses Thema möchte ich heute schon thematisieren. Wenn dann ein für den internen Gebrauch erstelltes Protokoll nicht freigegeben wird, so steht es jedem frei ein eigenes Protokoll zu machen. Wir haben unsere eigenen Protokolle und wollen darin vermerken, was wir für wichtig erachten. Braucht StR. Ganzert ein Protokoll, so soll er seine Mitarbeiterin mitnehmen und diese kann dort ein Protokoll führen. Aber wenn er es nicht macht, es versäumt hat oder nicht wollte, dann braucht er sich nicht darauf auszureden die Protokolle des Bürgermeisters nicht zu bekommen. Außerdem könnte er selbst auch mitschreiben bzw. einen Mitarbeiter mitnehmen. Das kann übrigens jeder machen. Wenn wir das machen, so ist das unser Service und heißt ein gut organisiertes Büro zu haben. Es geht dabei nicht um interne, externe oder darum etwas verheimlichen zu wollen, sondern um eine Ablaufabwicklung.

Herr GR. Hufnagl sagt, wir hätten noch über Änderungen reden können. Der Antrag enthält drei wesentliche Elemente. Wer soll es machen? Der Bürgermeister! Hier sind wir anderer Meinung, weil es einen Referenten dazu gibt. Bis wann sollen wir es machen? Bis Ende des Jahres. Hier sind wir der Meinung, dass das unmöglich geht. Drittens soll ein Konzept durch die Stadt erstellt werden. Dagegen sind wir auch, weil wir der Meinung sind die Konzepte hat die ÖBB, die ASFINAG und das Land OÖ zu erstellen. Alle drei Elemente sind aus meiner Sicht völlig verfehlt.

Was soll ich jetzt ändern? Natürlich bringe ich einen eigenen Antrag ein. Verändere ich diesen Antrag in all seinen Elementen, ist es nicht mehr der gleiche Antrag. Herr Hufnagl! Ich konnte kaum glauben, dass dieser Antrag überhaupt eingebracht wird. Verzeihen sie, dass wir dann einen Antrag einbringen, der etwas mehr Seriosität hat, sich etwas von diesem parteipolitischen Hickhack wegbewegt und dem Abwälzen von Verantwortungen von einem Referenten auf den Bürgermeister. Das finde ich in diesem Zusammenhang eigenartig.

Zur Lärmschutzmessung muss ich sagen, dass StR. Schäfer völlig Recht hat, denn natürlich gibt es Lärm und natürlich sind die Anrainer von Lärm betroffen. Für konkrete Maßnahmen, wie die Höhe bzw. die Art und wo brauche ich eine Lärmschutzwand, sind präzisere Messungen notwendig als nur zu sagen es ist laut. Diese präzisen Messungen hat die ASFINAG relativ früh durchgeführt.

Lieber Klaus! Richtig in deinen Ausführungen ist, dass wir hier im Gemeinderat gemeinsam eine Resolution darüber verfassten 100 km/h auf der Autobahn haben zu wollen. Dieser Antrag wurde in der Folge von der Ministerin abgelehnt. Jetzt noch eine Resolution einzu- bringen halte ich nicht für zielführend. Lösungen finden wir aber nicht, indem wir ein politisches Hickhack im Gemeinderat über Zuständigkeiten veranstalten. Stefan, diese sind

im Übrigen völlig klar, weil der Bürgermeister natürlich nach außen vertritt, aber die Facharbeit zu dem jeweiligen Themenkomplex hat der Referent zu machen. Wenn du es aber nicht machen willst, so nehme ich natürlich die Zuständigkeit wahr. Wir können das im Ausschuss besprechen, nichts tue ich lieber als deine Zuständigkeit wahrzunehmen.

Mir vorzuwerfen es geht nichts weiter und es ist lange nichts passiert, halte ich für die Sache nicht dienlich. Insofern muss diesen Leuten konkret mitgeteilt werden was wir vorhaben. Das muss kommuniziert werden! Wir alle verstehen diese Problemlage. Wir tun jetzt so, als wären wir alle unterschiedlicher Meinung. Sind wir gar nicht. Wir alle verstehen diese Leute, wollen ihnen allen möglichst schnell helfen. Aber am schnellsten geht es, wenn man auf die Arbeitsergebnisse aufbaut, die seit zwei Jahren erarbeitet werden und nicht alles mit neuen Anträgen beginnt, die an Seriosität zu wünschen übriglassen.

GR. Wiesinger: Permanente Lärmbelastung macht krank. Dafür brauche ich kein Wissenschaftler zu sein. Ich möchte meine persönlichen Eindrücke vom letzten Dienstag kundtun. Wir als ÖVP-Fraktion sind erstmalig am 28. Juni von der Bürgerinitiative eingeladen worden, haben diesen Termin wahrgenommen und ich bin guter Dinge dort hingegangen. In der Einladung gefiel mir sehr gut, dass die überparteiliche Gesprächsrunde in komplette Handlungen und Lösungen münden sollte.

Die Debatte verlief nur deshalb so ruhig und zivilisiert, weil Dr. Martin Stieger sie sehr eindrücklich führte. Dort wurde sehr schnell klar, was sich auch heute wieder im Gemeinderat abgespielt hat. Auch wenn alle Redner beteuern es geht nicht um politischen Hick-Hack, aber in Wirklichkeit - liebe Vertreter der FPÖ- und SPÖ-Fraktion – tut ihr nichts anderes! Ihr habt wieder einen politischen Hick-Hack vollzogen, der keinem Bürger irgendetwas bringt.

Nach gut einer halben Stunde stand ein Herr auf und sagte genau das. Er sagte relativ emotional, dass es ihn nicht mehr interessiere wer was gemacht hat, nicht gemacht hat, schuld ist, welche Zuständigkeiten, sondern sie wollen endlich Lösungen haben. Weil ich dieses Thema so nicht kannte, habe ich mich im Internet darüber erkundigt und war überrascht, weil das Ganze schon seit 2018 läuft. Herr Bürgermeister, du sagtest dich seit zwei Jahre darum zu kümmern.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Vielleicht sind es auch schon vier Jahre.

GR. Wiesinger: Ja, es gab schon 2018 die ersten Gespräche. In den Unterlagen steht klipp und klar, dass die ASFINAG von sich aus 2026/2027 die ersten Maßnahmen setzen wird. Außer wir zahlen. Mir wurde sehr schnell klar die Bürger wissen, dass wir keine 80 Mio. Euro investieren. Aber sie wollen rasche Lösungen und Zusagen, denn seit 2018 gibt es einen Schriftverkehr und Besprechungen. Wenn sich hier vier Jahre nichts tut, verstehe ich den Unmut der Bürger. Es gibt Versammlungen, bei denen Maßnahmen gesetzt werden. Daraufhin gibt es einen Antrag, der wegen falscher Adressaten bzw. falscher verantwortlicher Personen nicht angenommen wird.

Am Wochenende traf ich einen dort anwesenden Bürger und dieser war stinksauer, als er von zwei Anträgen hörte. Was haben wir dort ausgemacht? Ich sagte, es auch nicht zu verstehen. Wenn noch zehn Anträge eingebracht werden, so werde ich bei jedem Antrag mitstimmen, der eine Verbesserung für die Bürger bringt. Deshalb werden wir bei beiden Anträgen mitstimmen. Der erste kommt ja in den Ausschuss, aber auch hier wären wir

dafür gewesen. Es ist alles zu unterstützen was den Bürgern in dieser Problematik hilft. Ich sagte dort, dass wir jetzt rasche, kurze, langfristige und mittelfristige Maßnahmen brauchen. Die langfristige Maßnahme ist die Lärmschutzwand der ASFINAG und das wird ein langer, langer Weg.

Welches Bild gibt die Welser Politik ab? Wir haben hier die politischen Hick-Hacks und die verschiedenen Anträge. Stärke entsteht nur aus Einigkeit. Sieht sich die ASFINAG die heutige Gemeinderatssitzung an, so können sie sich zurücklehnen, denn die einen wollen dies, die anderen das und streiten nur. Wie soll hier Stärke entstehen? Salzburg hätte die Lärmschutzwand nicht bekommen, wenn sie nicht alle dahintergestanden wären.

Setzen wir uns zusammen und überlegen welche kurzfristigen Maßnahmen wir auch als Stadt selbst umsetzen können, was sind mittelfristige und was sind langfristige Maßnahmen. Binden wir die Bürger ein, die jetzt vier Jahre darauf gewartet haben, dass endlich Maßnahmen passieren. Es passiert außer politischem Hick-Hack nichts. Ich finde es bezeichnend, den jene zwei, die vor fünf Minuten einen politischen Hick-Hack per excellence abgezogen haben, senken jetzt den Kopf. Das ist für mich eine Zustimmung.

Zwischenruf Vzbgm. Mag. Schinninger: Ich lese gerade!

GR. Wiesinger: Die Bürger wollen ernstgenommen werden und Ruhe vor den Schuldzuweisungen haben. Deshalb mein Angebot sich zusammzusetzen und nach den besten Maßnahmen zu suchen. Die von dir, Karl, beschriebenen Geschwindigkeitsbegrenzen berufen sich auf ein anderes Gesetz. Wenn wir kreativ sind, finden wir sicher Möglichkeiten, um den Bürgern rasch zu helfen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Lieber Herr Bürgermeister, wir beide kennen uns wirklich schon einige Jahre und unsere Arbeit war immer von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Alle, die mich kennen wissen, dass das kein politisches Hick-Hack ist. Du sagst immer es gehört sozusagen zum politischen Spiel etwas provokant zu sein und den anderen herauszufordern. Es geht wirklich nicht darum wer recht und wer nicht recht hat, sondern den Menschen zu helfen und Lösungen herbeizuführen. Herr Bürgermeister, deine Ausführungen mir gegenüber waren zu Beginn unrichtig und wenn du das Protokoll nachliest, wirst du das auch erkennen.

GR. Huber, MPA: Ich möchte nur klarstellen, dieses Mail an alle Fraktionsvorsitzende schickte ich am Donnerstag, 30. Juni, im 9.19 Uhr ab. Es haben sich GR. Hufnagl, GR. Wiesinger und StR. Rammerstorfer gemeldet. Von der FPÖ-Fraktion kam keine Rückmeldung. Daraufhin habe ich dich (StR. Schäfer) am Freitag angerufen und du meintest wir brauchen keine Lärmmessung, denn die Leute brauchen Hilfe und sprachst von einer Resolution.

Ich meinte diese könnten wir noch immer machen. Fangen wir einmal mit dem an, denn es geht um kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen. Hier können wir sicher als Stadt Wels auch gewisse Dinge selbst machen. Es ging darum gemeinsam an einen Strang zu ziehen, gemeinsam beim Bundesministerium, bei der ASFINAG vorstellig zu werden. Sonst haben wir wirklich ein politisches Hick-Hack und das bringt uns nicht weiter. Das war die Intention unseres Antrages. Ich hätte mir wirklich gewünscht mit eurem Antrag im Ausschuss etwas Großes zu machen. Es gefällt mir nicht ganz, dass unser Antrag in den Ausschuss verschoben wurde, euer Antrag aber behandelt wird.

Ich bin aber bei GR. Wiesinger, dass alles wichtig und notwendig ist, was den dort Betroffenen hilft. Daher werden wir auch zustimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Aspetzberger war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Da keine weiteren Tagesordnungspunkte vorliegen, erklärt der Herr Bürgermeister diese Sitzung für geschlossen.

### ***H I N W E I S für Internet-Nutzer:***

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 24.10.2022 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*